

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. - Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. - Bestellungen: nur durch die Post eintragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. - Tel. 33814

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgebaltene Kleinzeile 1 - Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Volkschek-Konto Leipzig 56383 Kassierer: U. Geiß Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt - Redaktions-Abchluss: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 13

Sonnabend, den 30. März 1929

33. Jahrgang

Der Kampf um die sozialpolitischen Erzeugnisse

Es ist kein Zweifel, daß sich der Kampf um die sozialpolitischen Erzeugnisse immer mehr zuspitzt. Die Unternehmerverbände haben durch eine geschickte Beeinflussung der bürgerlichen Presse den Boden für einen Generalangriff auf die gesamte Sozialpolitik vorbereitet. In welchem Zusammenhang es auch sei; immer wieder liest das staunende Publikum, daß die verpönte Sozialpolitik an allem Unglück die Schuld hat. Nach Meinung dieser Leute hätten wir mit einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht mehr zu rechnen, wenn die sogenannten sozialen Lasten erleichtert, das verpönte Schlichtungsverfahren und andere Fürsorgemaßnahmen gegen die schrankenlose Willkür des Unternehmertums verschwinden würde. Es gilt, dieses Spiel zu durchschauen und zur Gegenseite zu rufen.

Eine aktive Sturmfront für das Unternehmertum ist der Hanjabund. Bereits früher hat er mit Denkschriften die Öffentlichkeit bombardiert, in denen in schärfster und demagogischer Weise gegen die Sozialpolitik gehetzt wurde. Neuerdings wird von diesem famosen Bund wiederum eine Denkschrift verbreitet, die zu den Steuervorlagen der Regierung Stellung nimmt. Befanntlich vertrieben sich die bürgerlichen Parteien hinter allerhand Ausreden, wenn sie vom Reichsfinanzminister aufgefordert werden, positive Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages im Reichsetat zu machen. Nun ist der Hanjabund in die Breche gesprungen mit einem Vorschlag, der eine Ersparung von 490 Millionen Mark an Ausgaben vorsieht. Der größte Teil dieser Sparvorschläge entfällt auf das Reichsarbeitsministerium mit 266 Millionen Mark. Die fortbauenden Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuerüberweisungen) sollen mit 69 Millionen Mark, die des Reichswehrministeriums mit 35 Millionen Mark und die des Verkehrsministeriums mit 17 Millionen Mark gekürzt werden. Bei den einmaligen Ausgaben sollen 51 Millionen Mark, darunter 12,4 beim Reichswehrministerium und 10,6 beim Verkehrsministerium abgestrichen werden.

Man muß sagen, daß der Hanjabund aufs Ganze geht. Bei den Streichungen der Ausgaben des Reichsarbeitsministers handelt es sich um folgende: Durch Aufhebung des § 205d der Reichsverfassungsordnung so das Reich von der Leistung des Zuschusses zur Familienwochenhilfe befreit, der dafür eingestellter Betrag von 32 Millionen Mark gestrichen und den Krankentassen auferlegt werden. Ferner soll aus dem Reichshaushalt die Summe von 163,9 Millionen Mark gestrichen werden, die das Reich der Invalidenversicherung zur Befriedigung von Rentenansprüchen zu zahlen hat. Darüber hinaus sollen 20 Millionen Mark Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung (Pauschalbeiträge) gestrichen werden. Bei der Krisenfürsorge und der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge schlägt der Hanjabund die Kürzung des Etats in Höhe von 175 Millionen Mark um 55 Millionen Mark vor. Man bedenke, daß der Arbeitsmarkt sich zur Zeit in einer Lage befindet, wie noch niemals zuvor. Der Hanjabund leitet seine Großzügigkeit in dieser Frage von der Meinung her, daß die Einleitung einer umfassenden Neuorientierung auf dem Gebiete des Steuer- und Finanzwesens zu einer starken Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und somit zu einer Entspannung des Arbeitsmarktes führen würde. Würde man nicht, daß die Herren des Hanjabundes auf dem Erdboden wandeln, so könnte man annehmen, daß sie auf dem Monde leben. Es gehört schon eine große Unkenntnis über die Antriebskraft der Wirtschaft dazu, wenn man annimmt, daß durch die Ersparung der sozialpolitischen Ausgaben eine ungeheure Blütezeit der Wirtschaft eintreten würde.

Die Denkschrift des Hanjabundes, das tägliche Trommelfeuern der Presse, die Kampfmaßnahmen der Unternehmerverbände und vieles andere bietet den entscheidenden Hintergrund für die große Offensive, die man gegen die Arbeiterklasse einzusetzen bemüht ist. Da eine Reichsregierung mit einem sozialistischen Einschlag vorhanden ist, hält man einen energiegelassen Vorstoß an geeigneten Stellen. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, was sie zu tun und zu lassen hat. In der Sozialpolitik darf es kein Zurück geben. Die Erzeugnisse auf diesem Gebiete sind das Ergebnis einer jahrelangen Gemerkschaftsarbeit. Deshalb ist schärfster Widerstand und nötigenfalls eine energische Gegenseite am Platze.

Wir leiden am Vorrat

Täglich und stündlich vollführen die Räder unserer industriellen Wirtschaft milliardenfache Umdrehungen, und täglich und stündlich sind Millionen von Arbeitshänden tätig, um die Güter herzustellen, die ein 60-Millionen-Volk zu seiner Lebenshaltung braucht. Nach seiner Fertigstellung tritt dann das Arbeitsgut, die zum Gebrauch fertige Ware, den Weg nach jenen Stellen an, für die sie geschaffen wurde. Dieser ist oft recht lang und verschlungen. Erst umschließt das Produkt der Lagerraum der Fabrik, der es entstammt, dann der Wagon oder Kraftwagen, um es dem großen Konsumtionsgebiete näherzubringen. Dort wieder nimmt es der Lagerschuppen des Großhändlers auf, um es der letzten Verteilungsstelle, dem Warenhaus oder dem Kleinhandelsgeschäft zuzuleiten. Hier nun wartet es auf den Kunden. So ähnlich ist es auch mit den Produkten in der Naturindustrie.

Das ist der Weg, technisch gesehen. Ueber ihm gleichsam schwebt das Finanzgeschäft, und hier beginnt das volkswirtschaftliche Problem. Ist ein Betrieb gezwungen, große Vorräte zu halten, so bedeutet das für ihn eine Minderung seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit. Rohle, längere Zeit auf Halben gestürzt, verliert an Heizkraft und damit an Wert; Stoffe auf Lager können unter Umständen ihren ganzen Wert einbüßen, wenn Modeveränderungen einen Abverkauf unmöglich machen. Aber noch mehr! Die Lagerbestände sind für den Industriellen oder Kaufmann festgelegtes Geld, mit dem er nicht mehr laufend arbeiten kann und überdies frisst es Zinsen. So sind unnatürlich hohe Lagerbestände in mehrfacher Beziehung ein Uebelstand, ja, dieser kann sogar soweit gehen, daß davon Krisen von gewaltigem Ausmaß ihren Ausgang nehmen. Sind größere Warenvorräte vorhanden, die das Betriebskapital festlegen, außerdem laufend Beträge zur Verzinsung und, wenn es sich um Kredite handelt, auch zur Amortisation erfordern, so ist dieser Zustand, wenn entsprechender Abverkauf ausbleibt, meist die Ursache zu Konkursen. In ja zu ganzen Konkurswellen. In deren Verlauf werden dann Arbeitskräfte frei. Das Einkommen vermindert sich dadurch die Gesamtkaufkraft sinkt und damit auch der Absatz, so daß der Kleinweg fast automatisch zurückgelegt wird.

Noch ein anderer volkswirtschaftlicher Uebelstand haftet einer allzu starken Lagerhaltung an - hohe Zinsätze. Die Nachfrage nach Geld ist groß das Angebot wird künstlich verkleinert, weil die Gelder in Waren gewissermaßen festgefahren sind, und so steigt der Preis des Geldes. Man hat neuerdings in der wirtschaftspolitischen Diskussion die „hohen Löhne“ für die hohen Zinsätze verantwortlich gemacht. Es ist das ein recht bequemes Spiel und deshalb in der kapitalistischen Presse schon zur Gewohnheit geworden. Man sieht andere Ursachen überhaupt nicht mehr. Ihrer gibt es sehr viele, wenn man sie nur sehen wollte. Eine, und zwar eine sehr wichtige, ist die hohe Lagerhaltung, die den deutschen Industrie- und Handelsunternehmungen aufgezwungen wird. Das Institut für Konjunkturforschung hat über die Vorräte, die in den letzten Jahren

ferve über dem Bewegungsbestand erforderlich, um plötzlich auftretenden Mehrverbrauch befriedigen zu können. Ein typisches Beispiel dafür hat der nun wohl beendete, plötzlich eintretende strenge Winter geliefert. Die Kältemelle verursachte auf verschiedenen Märkten (Seidmaterial, Winterkleidung u. a.) eine plötzlich und heftig auftretende Nachfrage, die befriedigt werden mußte, wenn soziale Schädigungen verhütet werden sollten, aber nur wirksam verhütet werden konnten, durch Einsatz einer gewissen Lagerreserve.

Also, wie gesagt, es dreht sich hier nicht um die Frage, ob Lagerreserven notwendig sind, oder nicht, sondern nur um ihre Höhe. Diese ist im wesentlichen mitbestimmt durch das Wesen der kapitalistischen Marktwirtschaft, wo das Gesetz von Angebot und Nachfrage als der fast alleinige Regulator fungiert. Mit immer mehr sich steigender Planmäßigkeit, auch in privatwirtschaftlichen Formen, wächst die Ueberfülle über die vorhandenen Reserven und damit die Erkenntnis der Möglichkeiten, sie auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Den Prozeß der Durchorganisierung der Wirtschaft zu fördern und das Arbeitnehmerelement dabei einzuschalten, ist deshalb eine gewerkschaftliche Forderung, die auch hier wieder ihre Berechtigung erweist. Weiter, heißt es, die Bewegungsbestände (nach dem oben angeführten Vergleich, das Wasser in den Röhren) zu vermindern, ohne daß dabei der Konsum leidet. Dazu ist einmal notwendig, die Zahl jener Stellen, die Warenvorräte halten müssen, zu vermindern oder durch weniger und leistungsfähigere zu ersetzen. Unser Handel ist überfüllt, und das ist, weil dieser Zustand zu einer nicht mehr zu rettenden hohen Lagerhaltung zwingt, ein volkswirtschaftliches Uebel. Es zu beseitigen, ist notwendig und möglich durch kreditpolitische Maßnahmen und Kontrolle der Kartellstätigkeit gerade auf jenen Gebieten. Auch eine Rationalisierung des Verkehrs wirkt in der Richtung der Verminderung der Lagerreserven. Technisch, indem schnelle Transportmöglichkeiten sie vermindern, wirtschaftsorganisatorisch durch Ausschaltung von Zwischenwegen und Zwischenlagern. Hoover, dem Präsidenten und früheren Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Nordamerika, ist es beispielsweise gelungen, die Lagerhaltung in der Holzwirtschaft der Vereinigten Staaten um 800 Millionen Mark dadurch zu vermindern, daß Verbesserungen in den Verlademöglichkeiten und im Eisenbahnetz durchgeführt wurden. In der Richtung der Ausschaltung entbehrlicher Zwischenstellen wirkt jedes vertikal aufgebaute Konzerngebilde, da dort die Abstimmung der Produktion auf den Verbrauch viel eher möglich ist, als bei mehreren Unternehmungen ohne bestmögliche Bindung zueinander. Eine weitere Verminderung der volkswirtschaftlichen Lagerbestände ergibt sich durch fortschreitende Typisierung. In dem Maße, wie die bei jedem Käufer verschiedene Geschmacksrichtung festen Normen weicht, fällt auch die vom Verbrauch diktierte Notwendigkeit, Waren so vielfältiger Form und Farbe auf Lager halten zu müssen, wie es jetzt noch vielfach der Fall ist. Hier haben uns die letzten Jahre erhebliche Fortschritte gebracht.

Das alles zeigt, daß Sparmöglichkeiten von gewaltigen Ausmaßen noch bestehen und jährlich Milliardenwerte für den Konsum freigemacht werden können. Auf diesem Felde zu wirken, sollte der Ehrgeiz eines jeden Wirtschaftspolitikers an verantwortlicher Stelle sein. Freilich erfordert das mehr Kenntnis und Energie als monoton einen Lohnabgang herunterzuleiern. Das hieße nun gerade das Pferd am Schwanz aufzukämen. Die ungewöhnlich hohen Lagerreserven, deren privat- und volkswirtschaftliche Uebel oben aufgezeigt worden sind, erfahren dadurch keine Verminderung. Das können nur kaufkräftige Löhne, die auch aus diesem Grunde zu fordern und durchzusetzen ein wirtschaftliches Gebot ist, das die Gewerkschaften zu erfüllen haben.

Der Rückgang der Kleinbetriebe

Der Rückgang der Kleinbetriebe ist unverkennbar. Es hängt dies ursächlich mit der Tatsache zusammen, daß in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft die Existenzmöglichkeiten für den Kleinbetrieb immer mehr beschnitten werden. Selbst Groß- und Mittelbetriebe können, wenn sie allein stehen, nur schwer der Konkurrenz standhalten. Daher die Erscheinung, daß sich die Betriebe zu Kongernen und Kartellen zusammenschließen, daher auch die Gründung von Ein- und Verkaufsgesellschaften. Und es kennzeichnet den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, daß auch der Groß- und Einzelhandel von diesen Zusammenschlüssen tendenziell erfasst ist, bedingt durch die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands und die damit zusammenhängende Ausdehnung des Handels und Verkehrs. In diesem Kampf um Absatzgebiete muß der Kleinbetrieb unterliegen. Er kann nicht die Aufwendungen machen, die der Großbetrieb aufbietet, um Kunden zu werben. Er kann auch bei der fortschreitenden Technisierung und Rationalisierung der Betriebe infolge der Umstellung kaum so billig produzieren als der Großbetrieb. Dieser hat zwar ein viel größeres Unkostenkonto, aber die Herstellungskosten, die Ausgaben für Löhne an die produzierenden Arbeiter sind infolge des zumeist besseren Maschinenparks erheblich geringer. So erdrückt der Großbetrieb den Kleinbetrieb. Die Existenz des Kleinbetriebes wird immer schwerer, er hat mit dauernd steigenden Schwierigkeiten zu kämpfen.

Wie schwer heute die Zwergbetriebswirtschaft zu leiden hat, wird erkenntlich durch den starken Wechsel unter den Kleinbetrieben. Noch nie sind soviel Kleinbetriebe gegründet worden als in der Nachkriegszeit, aber niemals sind auch soviel Kleinbetriebe zugrunde gegangen. Und hierbei ist auffallend die Erscheinung, daß die Zahl der eingehenden Betriebe erheblich größer ist als die Zahl der Neugründungen. Das läßt darauf schließen, daß die Bestrebungen zur Gründung einer Existenz im Anfeigen begriffen sind, daß aber die herbe Wirklichkeit die guten Absichten sehr schnell wieder zunichte macht. Erklärlich wird die Gründung einer eigenen Existenz durch die Verhältnisse in der großkapitalistischen Betriebswirtschaft. Das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit, die Rationalisierung und das damit verbundene Antreibesystem und viele andere mit der Wirtschaftsweise zusammenhängende Vorgänge geben dem Gedanken zur Gründung einer Existenz immer wieder neue Nahrung. Es ist nicht so sehr die Hoffnung auf großen Verdienst, sondern mehr die Absicht, der rücksichtslosen Ausbeutung sich zu entziehen, weshalb trotz aller geringen Aussicht immer wieder neue Kleinbetriebe gegründet werden. Die Statistik aber zeigt uns, daß sich trotzdem die Zahl der Kleinbetriebe immer mehr verringert. Wie stark der Rückgang heute ist, geht aus einer Erhebung hervor, die das Statistische Amt der Stadt Berlin angefertigt hat. In

OSTERN

Von Ernst Preczang

Nun öffnet weit die Fenster! Laßt Frühlingsluft herein! Es fliehen die Gespenster vor'm blanken Sonnenschein. Der Winter hat mit harten Beschwerden uns bedrückt, nun hat der Lenz sein gold'nes sein Strahlenschwert gezückt.

Wir lagen wohl in Sorgen in mancher bange Nacht; wir haben an das Morgen oft trüben Sinn's gedacht; wir gingen wohl in Nöten durch Tage, unbesonnen, als wollt' sich niemals röten der graue Horizont.

Der Winter hielt die Fäuste schwer auf das Land gepresst, es schlugen seine Krallen in Wald und Flur sich fest. Was sonst lebendig strömte durch Wiese, Feld und Tann, er ließ es jäh erstarren, er schlug's in seinen Bann.

Er hat mit eisigen Lüften um unser Haus geweht, feind war er allen Düften und deckte jedes Beet. Mit stürmischem Frohlocken schwang er die Riesenhand und warf die weißen Flocken billionenfach ins Land.

Da schien's, als ob kein Werde! das Dunkel mehr bedroht; es lag die Mutter Erde so still, so kalt, so tot. Doch in der Tiefe quollen, gehört von keinem Ohr, die starken lebensvollen Lenzsäfte schon empor.

Es füllt die schlaffen Adern der frische Wurzelsaft und treibt in Stamm und Halme die junge, volle Kraft. Wegsicher ist am Bauen, von keiner Macht gestört, was einer frohen Zukunft an Brot und Frucht gehört.

Hört, wie die Lerchen singen! Empor aus Dunst und Grau hebt sich's aufleuchtenden Schwingen hinauf ins Aetherblau. Mit Funkeln und mit Glühen steht dort der Sonnenball, und unten will es blühen und grünen überall.

Drum öffnet weit die Fenster! Laßt Frühlingsluft herein; Es weichen die Gespenster dem Lied, dem Licht, dem Schein. Solang die Lerchen singen und sich der Lenz erneut, wird auch die Hoffnung klingen, der unser Herz sich freut.

die deutschen Aktiengesellschaften von über 1 Million Reichsmark Aktienkapital in ihren Bilanzen veröffentlichten, genaueres Zahlenmaterial bekanntzugeben. Danach betragen die Lagerbestände dieser Unternehmungen

	Milliarden RM
Anfang 1924	3,06
Ende 1924	3,90
Ende 1925	4,43
Ende 1926	3,98
Ende 1927	4,55

Hierbei handelt es sich, wie noch einmal bemerkt sein mag, nur um die Aktiengesellschaften mit über 1 Million Mark Aktienkapital. Diese bilden aber nur einen kleinen Teil sämtlicher deutschen Unternehmungen. Darüber genaueres statistisches Material zu beschaffen, welche Warenmengen die übrigen Unternehmungen wertmäßig auf Vorrat halten, ist nicht möglich, aber das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht hierüber eine Schätzung, die der Wahrscheinlichkeit sehr nahekommen scheint.

Danach betragen die Warenvorräte:		Milliarden RM
Wirtschaftsgruppe		
A.-G. mit über 1 Mill. Mark Akt.-Kapital		4,5
Uebrige gewerbliche Betriebe		3,5 bis 5,5
Einzelhandel		6,1
Großhandel		3,0 bis 4,0
Zusammen:		17,1 bis 20,1

Wir müssen diese Riesenziffern wieder in Waren zurückverwandeln, wenn wir eine Vorstellung von ihrer Größe gewinnen wollen. In den gewerblichen Betrieben, die also die Waren erzeugen, liegen soviel auf Vorrat (8 bis 10 Milliarden), wie die deutsche Industrie in 4 bis 5 Monaten erzeugt. Im ganzen liegt eine Produktion von etwa 1/4 Jahren stets gebrauchsfertig und des Abnehmers harrend da. Wenn es nun gelänge, die industrielle Vorratshaltung auch nur um 10 Prozent zu vermindern, so würden demnach Milliardenbeträge an Kapital frei. Dieser Satz, vom Institut für Konjunkturforschung geprägt, sollte all denen, die nichts weiter wissen, als die „hohen Löhne“ für den hohen Zinsfuß und eine angeblich zu geringe Kapitalbildung verantwortlich zu machen, doch zu denken geben.

Nun heißt es nach Mitteln und Wegen zu suchen, eine allzu hohe, wirtschaftsschädigende Lagerhaltung zu vermeiden oder zu vermindern. Hier muß davon ausgegangen werden, daß eine gewisse Lagerreserve, wenn im wirtschaftlichen Kreislauf keine Störungen entstehen sollen, etwas Notwendiges ist. Der Verbraucher will die Ware vorrätig finden, so daß bei steter Verminderung durch immerwährenden Verzehr der Weg von der Produktionsstätte bis zum Verkaufsgeschäft, wenn man so sagen darf, voll Waren stehen muß. Man nennt diese Mengen in der Konjunkturlehre die Bewegungsbestände. Sie sind dem Wasser vergleichbar, das in den Leitungen fließt, das immerwährend vorhanden sein und immerwährend ergänzt werden muß, wenn in jedem Ausschnitt der Kran die lebensnotwendige Flüssigkeit spenden soll. Außerdem ist eine gewisse Re-

Einem Zeitraum von zwei Jahren, von 1925 bis 1927, gingen die Berliner Kleinbetriebe um 4000 zurück. Die Personenzahl der in den Berliner Kleinbetrieben Beschäftigten hat sich in der gleichen Zeit um 8000 erhöht. Woraus der Schluß gezogen werden kann, daß ein erheblicher Prozentsatz derer, die einen eigenen Betrieb hatten, diesen wegen Unrentabilität aufgegeben hat und in einen fremden Betrieb eingetreten ist. Die Umwandlung der kleinen Selbständigkeit zum Lohnarbeiter zeigt sich hier in auffallender Weise. Noch deutlicher wird der in der Kleinbetriebswirtschaft herrschende durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Zu- und Abgang durch eine Erhebung der Berliner Handwerkerkammer festgestellt. Danach wurden in den beiden Monaten vom 19. Januar bis 21. März 1928 nicht weniger als 1465 Handwerksbetriebe bei der Kammer neu angemeldet und 1340 wegen Betriebs Einstellung abgemeldet. Das ist bei einer Gesamtzahl von 70 000 Berliner Handwerkerbetrieben doch immerhin ein deutliches Zeichen der gegenwärtigen Lage. Zweifellos ist seit 1925 der Boden für den wirtschaftlichen Aufbau in der Zwergbetriebswirtschaft besonders ungünstig. Wiederholt sind beträchtliche Mietsteigerungen eingetreten und die Herausnahme der Gewerberäume aus der Mieterschutzgesetzgebung hat dazu geführt, daß neben den zum Teil recht phantastischen Forderungen der Hauswirte die Zwangsvermietung lief, die vielen kleinen Existenzen den Ruin brachte. Die kleinen Betriebe, die sich ohnedies schon in einer schwierigen Lage befinden, sind dadurch in einen verweirten Kampf gestürzt worden. Daneben lief die dauernde Verteuerung der Rohstoffe. Die Rohprodukte sind seit 1926 ganz enorm gestiegen. Der Großbetrieb ist in der Lage, durch Einkauf von großen Posten Rohmaterial einer kommenden Preissteigerung vorzubeugen. Er kann auf seinen Einkäufen auch einmal sitzenbleiben, im großen und ganzen geschieht dies aber selten, da man aus den Vorgängen an den Börsen schon immer weiß, ob eine Senkung oder Steigerung der Preise zu erwarten ist. Geringe Preisschwankungen oder vorübergehende Preissprünge werden von den Großbetrieben pariert. Der Kleinbetrieb lebt dagegen von der Hand in den Mund. Das Rohmaterial wird gekauft, wenn es gebraucht wird, und dann ist es in der Regel teurer. Die Vorratswirtschaft wird hier durch die Verhältnisse stark beengt, sie besteht hier wenigstens nicht in dem Sinne wie in den Großbetrieben. So deuten alle Anzeichen darauf hin, daß durch das Uebergewicht des Großbetriebes die Kleinbetriebe immer mehr verringert werden.

Die Entwicklung vollzieht sich in allen Industrien nicht gleichmäßig. In einigen Industrien zeigt sich, wenn man sich auf die Ergebnisse der Betriebszählung stützt, daß die Betriebszahl sich schneller aufwärtsentwickelt als die Zahl der Beschäftigten. In anderen Industrien zeigt sich eine Abnahme der Betriebszahl, wobei die Personenzahl, wobei als bemerkenswert festgehalten werden kann, daß die Abnahme bei den beschäftigten Personen größer ist als bei den Betrieben.

Unter Zugrundelegung des jetzigen Reichsgebietes bei der Zählung vom Jahre 1907 ergibt die Gegenüberstellung der beiden Zählungen, daß in der Eisen- und Metallgewinnung die Betriebe um 65,4 vom Hundert und die darin beschäftigten Personen um 60,0 vom Hundert zugenommen haben. In der Fabrikation von Eisen-, Stahl- und Metallwaren beträgt die Zunahme bei der Betriebszahl 10 Prozent, bei der Personenzahl 22,6 Prozent, in der elektrotechnischen Industrie beläuft sich die Betriebszahlvermehrung auf 120 Prozent und die Personenzahlzunahme auf 231 Prozent. In der chemischen Industrie steht der Betriebsabnahme um 3 Prozent eine Personenzunahme um 18 Prozent gegenüber. Im Bergbau ist der Unterschied noch größer. Hier nahm die Betriebszahl um 17,5 Prozent ab, die Personenzahl indes um 57,4 Prozent zu. Im Bergbauwesen sank die Betriebszahl um 10 Prozent, die Personenzahl dagegen um 46 Prozent. Im Baugewerbe, in der Steinindustrie, einschließlich dem Steinergewerbe, in der

Rautschukindustrie und in der Apparate- und Fahrzeugindustrie hat die Betriebszahl schneller zugenommen als die Personenzahl. Die beiden letzten Industrien sind Gewerbe, in denen der Kleinbetrieb noch guten Boden unter den Füßen hat. Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, daß sich vor dem Kriege und während des Krieges und auch während der Inflationszeit der Kleinbetrieb noch halten konnte, so daß während dieser Zeit verhältnismäßig wenig Kleinbetriebe eingegangen sind. Der Sturz kam erst nach der Stabilisierung der Währung, wo das Wirtschaftsgefüge in allen Zügen krachte. Seitdem hat sich die Lage für die Kleinbetriebswirtschaft nicht viel gebessert, und die immer wieder hereinbrechenden Krisenerscheinungen sind gerade die Klippen, an denen die Kleinbetriebe zerbrechen. Die Krisen haben unzähligen Kleinbetrieben das Licht ausgeblasen. Es sind zweifellos zur gleichen Zeit wieder viele neue Betriebe gegründet worden, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der Zeitpunkt dafür sehr ungünstig ist.



AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

- Gesperzt.**
1. Gau NO: In Anrich stellen die Unternehmer keine ortsanfertigen Steinmeisen ein; Zureise deshalb unterlassen.
 2. Gau: In Hirschberg (Kiesengeb.) das Grabsteingeschäft der Firma Pelz.
 3. Gau: Die Firma Gebr. Heidl in Kocklitz (Sa.) ist für Steinbildhauer und Steinmeisen, wie überhaupt für Steinarbeiter, nach wie vor gesperrt wegen Lohndifferenzen und anderem.
 4. Gau: In Detmold die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Baustoffzentrale Grottenburger Sandsteinbrüche (Inhaberin: Dora Meier, früherer Karl Meier in Hildesheim bei Detmold). — Die Firma Friz Schneidewind, Grottenburger Sandsteinbrüche, Hildesheim bei Detmold. — In Rütthen der Betrieb „Rütthener Grünhandsteinwerke“.
 5. Gau: Die Firmen Joseph Keil in Heimbach-Weiß (Rhein) und Jakob Keil in Sattersheim a. M. versuchen Pfasterer für große Arbeiten unter dem abgefahrenen Tarif anzuwerben. Arbeitsangebote dieser Firmen sind unbedingt zurückzuweisen.

Bischofsheim (Borderröhn). Am 13. Januar 1929 fand unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren 56 Kollegen. Nach der üblichen Begrüßung gibt der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht, woraus zu ersehen war, daß in der Verwaltung gut gearbeitet und ein beachtlicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist. Kassierer Kollege Hofmann erstattete den Rechnungsbericht, der in musterwürdiger Ordnung befunden wurde. Nachdem der gesamten Vorstandschaft Entlastung erteilt wurde, schritt man zur Neuwahl. Die alte Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Der Ankauf eines Materialschrankes für den Kassierer wurde beschlossen. Auch die Anregung vom Kollegen Herzgenröther, die unbedingt nötigen Bücher über Arbeitszeit und Rechtsfragen usw. zu beschaffen, wurde gutgeheißen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende Müller die Kollegen, geschloffen mitzuhelfen zur weiteren Entwicklung unserer Zahlstelle.

Lauenburg. Am 8. Februar fand hier eine Versammlung der Steinischläger statt; unsere Agitationskommission hatte an die uns fernstehenden Kollegen dieser Gruppe schriftliche Einladungen ergehen lassen, die auch ihren Zweck nicht verfehlt hatten. Der Kollege Czaja klärte dann die erschienenen Kollegen darüber auf, wie nötig es ist sich zu organisieren. Wir konnten neun Neuaufnahmen buchen. Als Obmann der Fachgruppe wurde der Kollege Hermann Wendt einstimmig gewählt, als Kassierer für den ländlichen Bezirk der Kollege Felgenhauer. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen der Fachgruppen getrennt abzuhalten. Die erste Versammlung der Fachgruppe Steinischläger findet Anfang März im Lokal Baden, Kaiserstraße, 12 Uhr, statt. Kollegen, bringt die noch Fernstehenden zu uns!

Elsfeld-Barmen. Generalversammlung 9. Februar. Erfreulicherweise war die Versammlung gut besucht, trotzdem viele Kollegen wegen Krankheit nicht anwesend sein konnten. Tagesordnung: 1. Geschäftliches (Kassenbericht). 2. Bezirksleiter Kollege Lügum über den Anschluß der Zahlstelle an den Bezirk. 3. Kartellbericht (Baufonds). 4. Verschiedenes (Arbeitslosigkeit, Bezirksstärker). Kollege Becker gab die Kassenabrechnung vom letzten Quartal. Der Vorsitzende dankt dem Kassierer für seine musterwürdige Kassenführung im Namen der Zahlstelle. Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt. Für die aus-geschiedenen Revisoren werden neu gewählt die Kollegen Schmidt und Bartholomae. Anschließend daran macht der Vorsitzende die Mitteilung, daß die Zahlstellenkasse von einem Schwindler (v. d. Loo) geprellt worden sei. Nachdem schon vor längerer Zeit dieser Betrag von der Zentrale quittiert worden ist, kommt neuerdings die Nachricht von der Zentrale, daß unsere Lokalkasse den Betrag an die Zentrale zurückzuführen habe. Die Kollegen sind der Ansicht, daß das Geld für die Zentrale ausgehakt worden sei, folglich auch zu ihren Lasten gehe. Der Vorstand wird beauftragt, der Zentrale dies mitzuteilen, damit der Posten gestrichen wird. Die Kollegen, die ihrer Pflicht in Extra-Beitragsmarken noch nicht nachgekommen sind, werden vom Kassierer ermahnt, das baldigst nachzuholen. Auf Anfrage eines Kollegen werden vom anwesenden Bezirksleiter, Kollegen Lügum, noch nähere Auskünfte gegeben. Für den Anschluß unserer Zahlstelle an den Bezirk spricht Kollege Lügum als Bezirksleiter. Nach einer längeren Aussprache darüber wird ein diesbezüglicher Antrag einstimmig angenommen. Der Kollege Lügum verspricht, die Zahlstelle tatkräftig zu unterstützen. Weiterhin gab der Vorsitzende als Delegierter vom Ortsauschuß des ADGB den Bericht der letzten Sitzung. Das Scherzgespräch dort war wieder der Baufonds des Gewerkschaftshauses. 50 Prozent der örtlichen Gewerkschaften haben den Fonds erst bezahlt, dagegen andere überhaupt noch nicht. Unsere Zahlstelle ist verpflichtet, pro Mitglied 7 Mark abzuführen, was leider bei der zur Zeit herrschenden Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit und Krankheit) nicht möglich ist. Wenn bis zum 1. April diese Gelder nicht abgeführt sein sollten, wird eine Erhöhung der Kartellbeiträge eingeführt. Zur Aufklärung über die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung resp. Sonderunterstützung und der Handhabung derselben erbot sich Kollege Kerper, uns in der nächsten Versammlung ein Referat darüber zu halten. Kollege Lügum macht noch die Mitteilung, daß die ersten Verhandlungen über den Bezirksstärker noch diesen Monat stattfinden.

Kreuznach. Am Sonntag, 3. Februar 1929, fand im Lokale „Zur Viktoria“ die Generalversammlung statt. Unsere Zahlstelle mußte infolge Erkrankung mehrerer Kollegen die Hauptversammlung von Woche zu Woche verschieben, um ein restloses Erscheinen aller Kollegen zu ermöglichen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Wahl des Kartelldelegierten. 4. Verschiedenes. Zum Kassenwesen gab unser Kassierer, Kollege Storto, Bericht, der für richtig befunden wurde. Auch wurde zur Genugtuung festgestellt, daß unsere Lokalkasse einen Aufstieg erfahren hat, was besonders aus sparsamen Wirtschaften des Kassierers zurückzuführen ist. Bei der Neuwahl wurden Kollege Karl Clemens als Vorsitzender, Kollege Viktor Storto als Kassierer, Karl Lochner als Schriftführer und die Kollegen Aug. Senft und Hans Willig zu Revisoren gewählt. Im Punkt 3 wurde Kollege Ph. Seibert zum Kartelldelegierten gewählt. Die Rundschreiben vom Gauleiter wurden verlesen. Nach reichlicher Aussprache über Rechts- und Betriebsfragen wurden dann noch einige Mängel, die sich in einzelnen Betrieben ergaben, einer scharfen Kritik unterzogen. Zum Schluß gab der Vorsitzende den nächsten Versammlungstermin bekannt und forderte die Kollegen auf, weiter treu und fest zum Verband zu halten, um geschlossen alle Angriffe erfolgreich abwehren zu können. (Warum nur wurde der Bericht zweifeltig beschrieben? Red.)

Die vier Kieselsteine

Am Ufer des Flusses, dort, wo das letzte Hochwasser eine Unmenge Schutt, Kies und Sand abgelagert hat, liegen nahe beieinander vier Kiesel, so recht verschieden in Form und Farbe. Sie fühlen sich heute, wo die Strahlen der warmen Mittagssonne so prall auf ihnen liegen, anscheinend recht behaglich. Ordentlich breit machen sie sich, so wohl tut ihnen die Wärme. Dies wohlige Gefühl löst wohl auch dem so etwas abseits Liegenden, weißschimmernden, etwas Vorlauten die Zunge, um ein Gespräch mit seinen Nachbarn zu beginnen.

„War ein recht böjer Winter und die vielen Eismassen über uns wollten mich schier erdrücken. Man konnte sich in seinem schönen weißen Kleide gar nicht zeigen, und dann das viele Wasser, das mich immer weiter fortrollte, als sollte es kein Ende nehmen mit dem Kollern, Stoßen und Puffen.“ „Wo stammst du eigentlich her, daß du so weißes Fleisch wie milchiges Glas besitzt?“ fragen die anderen.

„Ich wurde geboren tief in der Erde und schwebte, in viele Atome zerteilt, gleich einer Fee in den heißen Dämpfen über den heißen Eingeweiden der Erde, bis uns die Enge zu klein wurde und wir uns nach Freiheit sehnten. Wir flogen dann in dunklen Spalten der Erde hoch, und weil es kälter wurde, drückten wir uns an die Wände, ein Atom beim anderen Schutz suchend, bis wir die Spalten ausgefüllt mit unserer Substanz und hart wurden. Viele Tausende von Jahren waren wir dort eingeschlossen und harrte auf Befreiung. Mählich wird es Licht um uns, wir bröckeln auseinander in Stücke, stürzen in die Tiefe, wo uns das Wasser aufnimmt, uns mit anderen gemeinen Steinen durcheinandererschüttelt, daß meine schönen Ecken und Kanten zerhackt und abgestoßen werden, bis ich so unschön abgerundet hier liegen bleibe. Wie ich heiße? — Milchgucker nennen mich die Menschen, da ich so rein weiß bin, aber beachten tun sie mich trotz meiner schönen weißen Farbe nicht.“

„Auch ich bin geboren in gewaltiger Tiefe der Erde,“ hebt der Rauhflügelnde, ein graugrüner Jüngling — der Diabas — an. „Jedoch nicht wie du als Fee, sondern als stämmiger Bursche, Gut, feurige Gut im Körper, welche die Enge dort unter sprengen mußte. Aufbäumend mit jugendlicher Kraft, zersprengten wir die uns umgebende Hülle und drängten unseren glühenden Körper empor zur Freiheit. Nicht ganz gelang unser Drang zum Licht,“ fuhr der Jüngling resigniert fort; „eingeklemmt zwischen dunkle kalte Wände, erlosch die feurige Gut allmählich in unserem jungen Körper, bis dieser ganz erkaltete und erstarrte. Ein gutes Aussehen haben auch wir uns bewahrt die langen Jahrtausende, die wir in unserem dunklen Kerker eingeschlossen, bis auch wir das Licht der Welt erblickten. Ich träumte in meinem dunklen Kerker davon, stolze Paläste zu schmücken, wie zierliche Füße über mich als teppichbelegte Treppentritte schreiten würden, die Antlitze schöner Damen sich in meiner jugendlichen Farbe als Wandvertäfelung spiegeln würden, bis ich von den schönen Bildern losgerissen, vom Felsen stürzte, wo ich wie du vom Wasser weitergerollt, zerhackt und zerstoßen, mit so vielen unedlen Gesellen, hier liegen blieb.“

Als der Diabas geendet, hub der nächste, ein alter bedächtiger grauer Gefelle, die Grauwacke, an, von ihrem langen ereignisvollen Leben zu erzählen. Wie sie gleich ihrem jetzigen Schicksale bereits einmal gelebt, zerstoßen, zerhackt, zermahlen zu kleinem Sandkorn vom Flusse hinausgetragen worden sei in das weite Meer. Dort zur Ruhe gekommen auf dem Meeresboden, Körnchen an Körnchen sich gebettet, so Schicht auf Schicht zu mächtigen Bänken, wie sich dann das Meerwasser verlaufen, sie alle emporgehoben, Land wurden, Stein wurden. Dann kamen die Menschen und sprengten uns vom Fels. Männer mit schwierigen Händen zerkleinerten uns in Stücke, um Pflastersteine von uns anzufertigen, welche die Menschen zum Bau ihrer Straßen be-

dürfen. „Auch ich hätte gerne den Menschen gedient, doch ich polkerte die Halbe hinunter an den Rand des Baches, dessen klares Raß den Säugern des Waldes die Kehle nekt. Immer tiefer rutschte ich, bis auch ich, in dem schäumenden Raß geborgen, meine Reise mit dem Wasser antrat, ab und zu lange Zeiten an einer Stelle vergessen liegen blieb, um mit größeren Wassermengen meine Reise von neuem zu beginnen. Herrlich war's, an warmen Sommertagen so beschaulich im beschatteten Raß zu liegen, wenn die Fischlein um mich spielten, kleine Menschenkinder sich behaglich im warmen Wasser auf meinem Rücken tummelten. Doch nichts ist beständig, fort ging die Reise zu dem großen Flusse, der auch mich, wie auch andere, fortgerollt hat, um mich hier abzusetzen.“

Der vierte — ein Gneis —, so ein bräunlich glitzernder Gefelle, der bisher still den anderen zugehört, berichtete, daß er doch wohl der älteste von den vieren sei. Auch er sei feuergeboren aus jenem großen Urfeuerballe, als es noch keine einengende Hülle gab. Drei hätten sie sich in ihrer Glutjugend dehnen können, bis auch er allmählich erstarrt sei, erstarrt zu einer wetherharten Masse. Hoch im Norden sei seine Heimat, wo er stolz auf hohen Gebirgen gekrönt, nicht als übermütig spröder Fels, sondern mäßig in seiner Masse. Wie gewaltige Eismassen sich dann auf seinem Rücken lagerten, die beim Abgleiten auch ihn von der Brust der Mutter, vom Felsmassiv, gebrochen, ihn in sich eingebettet und lange, lange Jahrtausende unmerklich, doch stets weitergetragen haben in die Fremde. Wie dann das Eis an seinen Rändern abschmolz, bis auch er mit den abfließenden Schmelzwässern fortgetragen, mit anderen seinesgleichen zerhackt, zerstoßen, zerhackt abgelagert wurde zwischen Sand und Kies. Wiederum nach Jahrtausenden vom Wasser aus seiner Umgebung herausgerissen, in den Fluß gespült, um gleich auch hier liegen zu bleiben.

„Mußt du aber immer gefroren haben,“ läßt sich der vorlaute Milchgucker vernehmen. „Nicht immer,“ jagt bedächtig der bräunliche Gefelle. „Tausende von Jahren brannte mir die Sonne auf den Buckel, um dann wieder ebensolange Zeiten zu verschwinden, wo wiederum so fürchterliches Eis vorhanden war wie bei meinem Hertransporte.“ „Du siehst aber doch schon recht splitterig aus,“ bemerkte der graugrüne Diabas. — Schorr, Schorr — Schorr, Schorr, zwei Schaufeln, von schwierigen Arbeiterfausten geführt, stehen in den Kies und in hohem Bogen fliegen die viere auf eine Ripplere, um mit anderen Kiesmassen zur nahen Baustelle einer neuen Betonbrücke befördert zu werden, die für die alte morsche Holzbrücke, welche beim letzten Hochwasser den andrängenden Eismassen nicht standzuhalten vermochte, über den Fluß bebaut wird.

Gute Bücher aus unserem eigenen Verlag

1. „Der alten Steinmeisen Recht und Gewohnheiten“, verfaßt von Rudolf Wissell, Reichsarbeitsminister. Für Verbandsmitglieder kostet das Buch 1,50 Mark direkt vom Verlag. Für Private oder im Buchhandel 2,50 Mark.
 2. „Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter“. I. und II. Band bisher erschienen. Verfaßt vom Kollegen A. Knoll. Auch der III. Band wird in absehbarer Zeit erscheinen. Der Inhalt des I. Bandes geht weit über den Rahmen einer engeren Organisationsgeschichte hinaus. Sein kultur- und fachhistorischer Inhalt, reich illustriert, enthält viel Wissenswertes für die in der Steinindustrie und im Straßenbau tätigen Kollegen. Der Preis des I. Bandes beträgt für Verbandsmitglieder 8 Mark. Für Private oder im Buchhandel 10 Mark.
- Diese Bücher eignen sich auch sehr gut zu Geschenkwegen. Keine Mitgliederzusammenkunft sollte versäumen, auf diese Werke aufmerksam zu machen und zum Kauf anzuregen.

Müssen die Arbeiterfrauen mehr Kinder gebären?

Der Minister für Volkswohlfahrt wies kürzlich im Preussischen Landtag auf das bedrohliche Sinken der Geburtenziffern hin. Der amtliche preussische Pressedienst geht auf dieses Problem in einer seiner letzten Nummern mit folgenden Worten ein: „Vor dem Kriege hatte das Deutsche Reich bei durchschnittlich jährlich 2 Millionen Geburten und 1,2 Millionen Sterbefällen einen jährlichen Geburtenüberschuß von rund 800 000 oder 12 bis 14 je tausend Einwohner. Im Jahre 1927 hatten wir nur noch

1 160 000 Geburten	= 18,3 vom Tausend
757 000 Sterbefälle	= 12,0 vom Tausend
403 000 Geburtenüberschuß	= 6,4 vom Tausend

Der jährliche Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ist somit auf die Hälfte des Vorkriegsstandes (von 800 000 auf 400 000 oder von 12 auf 6 vom Tausend) zusammengeschrumpft.“

In einer kürzlich erschienenen Schrift von Oberregierungsrat Dr. Burgdörfer „Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung“ wird ausgeführt, daß unser Geburtenüberschuß eine optische Täuschung ist. Auf Grund neuartiger, verfeinerter Untersuchungsverfahren gibt der Verfasser eine von den Zufälligkeiten des Altersaufbaues bereinigte Gliederung unserer wahren bevölkerungspolitischen Lage. Burgdörfer kommt zu dem Ergebnis, daß die Sterbeziffer nicht, wie sich nach der rohen Berechnung ergibt, 12 v. T., sondern 17,4 v. T. beträgt, während andererseits die Geburtenziffer von 18,3 bis 15,9 v. T. zusammenschrumpft. Hieraus ergibt sich nach Burgdörfer ein Defizit von 1,5 auf das Tausend der Bevölkerung, statt des errechneten Geburtenüberschusses von 6,4 v. T. Mit anderen Worten: Die bereinigte Geburtenziffer bleibt im Durchschnitt des Reiches heute schon um rund 10 v. H. hinter dem zur bloßen Erhaltung des Bevölkerungsstandes erforderlichen Mindestsoll zurück. Das Geburtendefizit beträgt nach den Berechnungen Burgdörfers in Berlin bereits 57 v. H. und im Durchschnitt der deutschen Großstädte 42 v. H. Die Großstädte sind also nicht mehr in der Lage, ihren heutigen Bevölkerungsstand aus eigener Kraft aufrecht zu erhalten. Selbst die deutschen Mittel- und Kleinstädte haben ein Geburtendefizit aufzuweisen. Die Geburtenziffer der letzten Gruppe bleibt unter den Geburtenziffern der Weltstädte Paris und London zurück. Nur die ländliche Bevölkerung weist noch eine Geburtenzunahme auf. Auf Grund dieser Tatsache kommt Burgdörfer zu dem Ergebnis, daß in keinem Lande Europas seit dem Weltkriege der Geburtenrückgang in so scharfem Tempo zurückgegangen ist als in Deutschland.

Die Bevölkerungspolitik sehen deshalb bezüglich der Zukunft des deutschen Volkes sehr trübe. Das arbeitende Volk dürfte darüber etwas anders denken. Vorläufig haben wir in Deutschland immer noch mit einer jährlichen Zunahme der Bevölkerung um 400 000 zu rechnen. Für diese Neuanfömlinge muß alljährlich Raum geschaffen werden. Der Arbeitsmarkt muß ebenfalls eine ständige Erweiterung erfahren. Die Arbeiterklasse begann in Deutschland nach dem Kriege seine Nachkommenschaft zu rationalisieren. Sie ging den selben Weg, den die Besiegten bereits seit Jahrzehnten eingeschlagen haben. Daraus darf man ihnen keinen Vorwurf machen Solange die Arbeitskräfte in Deutschland nicht alle beschäftigt werden können, solange ist das Problem des Geburtendefizits noch nicht in eine bedrohliche Entwicklungsstufe gerückt. Der Sauerwertig in der Bemessung der Geburtenbeschränkung sind die Frauen. Die heimliche Frau des arbeitenden Volkes lehnt es ab, lediglich Gebärmaschine zu sein, ohne Rücksicht darauf, ob der Nahrungsmittelspielraum insgesamt und die kulturellen Verhältnisse jeder Familie dies gestatten. Wenn die Damen der sogenannten „Gesellschaft“ mit gutem Beispiel vorantreten und mehr Kinder in die Welt setzen, dann ließe sich über eine stärkere Betätigung auch auf diesem Gebiete reden. Soll die Arbeiterklasse den drohenden Untergang des deutschen Volkes durch Geburtenhäufigkeit verhindern, dann kann dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß der Lebensstandard eine wesentliche Besserung erfährt.

Steele (Kuh). Am 2. Februar 1929 fand in der Gastwirtschaft Schäfer in Horst eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Kollege Braun war anwesend. Tagesordnung: 1. Beiratskonferenz vom Oktober 1928. 2. Sonderfürsorge. 3. Verschiedenes. Ueber die Beiratskonferenz gab der Gauleiter einen ausführlichen Bericht, der von den Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. Auch über „Sonderfürsorge“ referierte Kollege Braun ausführlich. Eine entsprechende Resolution wurde als Protest angenommen. In „Verschiedenes“ wurde die Lehrlingsfrage behandelt. Stark gerügt wurde, daß eine Firma, trotz der Arbeitslosigkeit, 15 Italiener für das Frühjahr angefordert hat. Die Verammlung fordert die Funktionäre auf, dieses Verlangen der Firma zu vereiteln. Gauleiter Kollege Braun schilderte noch die erfreuliche Mitgliederzunahme des Steinarbeiter-Verbandes und ermahnte die Kollegen, auch im Ruhrlandsteingebiet in diesem Sinne zu streben. Es läßt hier noch sehr viel zu wünschen übrig. Dann wurde noch beschlossen, das Versammlungsort nach Steele bei Heubach am Hauptbahnhof zu verlegen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, alle Versammlungen so gut zu besuchen wie die heutige.

Freiburg in Baden. Am 3. Februar fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung statt. Diese war von etwa zwei Drittel der Mitglieder besucht. Einige Kollegen hatten sich entschuldigt, 15 Kollegen sind krank, 28 Kollegen sind arbeitslos, 6 Kollegen arbeiten verfürzt und nur 12 Kollegen gehen voll in Arbeit. Die Abrechnung vom 4. Quartal zeigt als Ergebnis: Einnahmen mit Kassenbestand 2961,68 Mark, Ausgaben 1080,65 Mark, bleibt Bestand der Lokalfasse 1881,03 Mark. Das Vermögen der Lokalfasse erhöhte sich im verflossenen Jahr um 274,75 Mark. In Krankenunterstützung zu Lasten der Zentralfasse wurden im letzten Jahre 624 Mark, an Arbeitslosenunterstützung 110,50 Mark ausgegahlt. Dem Kassierer Kollegen A. Pfeiffer wurde für seine sorgfältige Kassenführung einstimmig Entlastung erteilt. — Aus dem Bericht des 1. Vorsitzenden war zu ersehen, daß auch die andern Arbeiten zur Wahrung der Interessen gestiegen sind. In 5 Vorstandssitzungen, die fast ohne Ausnahme von allen Funktionären besucht waren, mußte im 4. Quartal zu den verschiedensten Fragen Stellung genommen werden. Postausgänge sind im letzten Quartal allein 111 Sendungen zu verzeichnen, die Zahl der Posteingänge belief sich in der Zeit auf 41. Persönliche Bemühungen mit Arbeitszeitverlust waren im 4. Quartal 7 notwendig. Die Gruppe Pfisterer konnte im verflossenen Jahre durch Abschluß eines Landestarifvertrages eine Lohnerhöhung von 10 Pfennig pro Stunde erzielen, deren Stundenlohn beträgt zur Zeit 1,52 Mark. Für die Steinhauer erfolgte im April eine Lohnerhöhung von 6 Pfennig und im September eine solche von 3 Pfennig im Ausgleich mit dem Lohn für das Baugewerbe. Der Lohn der Steinhauer ist zur Zeit 1,44 Mark. Ein Tarifvertrag für das Steinhauergewerbe existiert jedoch nicht, was wiederholt Differenzen auslöst. Nur ein Fall sei erwähnt. Die Firma Brezniger beschäftigte im Dezember 9 Kollegen. Am 18. Dezember folgte sie einen auswärtigen unorganisierten Steinhauer namens Steeg vor Emmendingen und übertrug diesem das Ueberarbeiten einer Treppe in einem 4stöckigen Neubau im Afford. Ortsansässige Kollegen waren zu der Zeit etwa 10 arbeitslos. Von unserer Seite wurde sofort gegen das Vorgehen der Firma protestiert, da es sich um einen städtischen Bau handelte. Die Firma Brezniger ließ dann am 22. Dezember alle 9 Kollegen bis 7. Januar aussetzen, nur der Steeg durfte weiterarbeiten. Es ist noch interessant, die Firma konnte den Steeg vor einiger Zeit wegen Minderleistungsfähigkeit nicht mehr auf Grund des Tarifvertrages weiterbeschäftigen, im Afford leistet er jedoch anscheinend unschätzbare Dienste. Ein persönliches Vorprechen des 1. Vorsitzenden auf dem Hochbauamt hatte leider nicht den gewünschten Erfolg, da wir uns auf keinen Vertrag stützen können, der Affordarbeit verbietet. Steeg mußte hier ein Zimmer mieten, sich auch polizeilich anmelden, um eine städtische Bestimmung zu umgehen. Auch die Kosten dieses Zimmers wird wohl die Firma Brezniger auf ihre Kasse nehmen. Diese Firma ist bekannt, wenn sie ihren Willen den Arbeitern gegenüber durchsetzen will, kein Mittel zu scheuen. Dieser Vorfall allein schon müßte den Kollegen zeigen, daß mit Nörgeln nur die Geschäfte der rückständigsten Unternehmer besorgt werden; die nur profitieren mit ihren Sprengversuchen, die unsere Reihen schwächen. — Bei den Vorstandswahlen wurden sämtliche Funktionäre einstimmig, ohne Gegenwärtigkeit, wiedergewählt. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt in Zukunft durch den 1. Vorsitzenden.

Wenn in Zukunft die Kollegen der Vorstanderschaft besseren Rückenhalt geben, wird es möglich sein, die allgemeine Lage besser zu gestalten.

Reichenbach im Odenwald. Am 3. Februar fand beim Gastwirt Peter Jährling unsere Jahresversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Anschließung an das Bezirksgewerkschaftsamt in Bensheim; 3. Neuwahl des Vorstandes, der Kartelldelegierten und der Tarifkommission; 4. Einführung einer örtlichen Kranken- bzw. Arbeitslosenunterstützung; 5. Verschiedenes. Zunächst gab der 1. Vorsitzende Kollege Georg Schwebel einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Der Kollege Ludwig Bernhardt, der das Amt als Kassierer schon 20 Jahre zur vollsten Zufriedenheit verwaltet, gab die vierteljährliche sowie die Jahresabrechnung bekannt. Einnahme 2739,70 Mark, Ausgabe 1436,40 Mark, verbleibt ein Kassenbestand von 1303,30 Mark. Die Revisoren fanden Bücher und Kasse in bester Ordnung und wurde auf einstimmigen Beschluß dem Kassierer Entlastung erteilt. Der schon oftmals erwogene Anschluß an das Gewerkschaftsamt Bensheim wurde, nachdem der Kollege Groß, Bensheim, ein Referat über Zweck und Ziel des Kartells gehalten hat, getätigt und die Kollegen Peter Seibert, Ludwig Bernhardt und Wilh. Jährling zu Kartelldelegierten gewählt. Die Vorstandswahl vollzog sich diesmal in ruhigen Bahnen. Der seitherige 2. Vorsitzende Peter Seibert übernahm das Amt als 1. Vorsitzender und der seitherige 1. Vorsitzende Georg Schwebel das Amt als 2. Vorsitzender. Alle übrigen Vorstandsmitglieder wurden in ihren seitherigen Funktionen belassen. Die Tarifkommission setzt sich zusammen aus den Kollegen Wilh. Jährling als deren Vorsitzender, Ad. Jährling, Ludwig Keller, Wilh. Kriehbaum, Heinrich Kurz und Phil. Dube. Diese hat die Aufgabe, die schon seit November eingeführten Tarifreduktionen Sonntagsnormittags abzuhalten und eventuelle Beschwerden bzw. Unstimmigkeiten sowie verkehrte Auslegung einzelner Tarifpositionen zu beseitigen. Die von dem Vorstand ausgearbeitete Satzung betreffs Einführung einer örtlichen Kranken- bzw. Arbeitslosenunterstützung wurde ohne Debatte einstimmig angenommen und soll den Kollegen zugute kommen, die länger als 8 Wochen krank sind. Vorbedingung ist selbstverständlich genaue Pflichterfüllung dem Verbands gegenüber. Nachdem dem Drisausschuß für Arbeiterwohlfahrt der Betrag von 40 Mark, zahlbar in vierteljährlichen Ratenzahlungen, bewilligt und einige örtliche Angelegenheiten besprochen worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Dechen (Rhön). Der Vorstand Joh. Weyh hieß die erschienenen Kollegen willkommen. Tagesordnung: 1. Bericht über das verflossene Jahr. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes. Der Vorstand gab einen kurzen Bericht über das verflossene Jahr und gab den Kollegen bekannt, daß der Vertrag von den Arbeitgebern gekündigt sei. Auch der Kassenbericht wurde den Kollegen bekanntgegeben. Als 1. Vorsitzender wurde Konrad Höhn, als Stellvertreter Valentin Neustiel, als Kassierer Rudolf Haus, als Schriftführer Johann Gerstung, als Revisoren Reinhold Jacob und Adam Zimmermann, als Hilfskassierer Adam Kaufmann und Kaspar Stoppel, als Beisitzer Emil Sinn, Johann Weyh und Wilhelm Dechel gewählt. Unter „Verschiedenes“ kam es über mehrere Anträge zur gegenseitigen Verständigung. Zur Gerichtsverhandlung in Eisenach soll Valentin Neustiel, Kaspar Höhn und Johann Weyh fahren. Dann wurde noch Internes beschlossen.

Landeskonferenz der Steinleger, Kammer und Hilfsarbeiter von Sachsen. Die am 3. Februar 1929 in Leipzig stattgefundene Konferenz wurde von dem Gauleiter Schulze mit begründenden Worten an die restlos erschienenen Vertreter eröffnet. Im besonderen begrüßte er die vom DGB zu uns übergetretenen Kollegen. In die Leitung der Konferenz wurden Braun, Leipzig, als Vorsitzender und Charde, Dresden, als Schriftführer gewählt. Kollege Schulze erstattete hierauf einen längeren Bericht über den Gang der Verhandlungen zum Neuabschluß eines Landestarifvertrages. Die von den Unternehmern ausgeprochene Kündigung des Landestarifvertrages bezwecke einen 10prozentigen Abbau der Affordlöhne und eine Verlängerung der jetzt geltenden Stundenlöhne auf 2 Jahre. Die in der Sache gepflogenen Verhandlungen seien angetan, einen Weiterbestand des Landestarifvertrages zu verhindern. Denn auch die kleinste Verbesserung des Vertrages sei von den Unternehmern kategorisch abgelehnt worden. Dies ist zu bedauern. Sollte auch die Schlichtungsordnung im gleichen Sinne von den Unternehmern beeinflusst werden, so würde der Landestarifvertrag nur ein Fest ohne Klinge sein. Diese Fragen gilt es zu entscheiden. In der Diskussion sprach sich der Vertreter von Dresden gegen den Landestarifvertrag aus und begründete seine Stellungnahme eingehend. Alle weiteren Redner stimmten diesen Ausführungen zu. Von den Vertretern von Chemnitz und Leipzig wurden die einzelnen Bestimmungen des Landestarifvertrages zerpfückt und ihre Verbesserungsnotwendigkeit an Hand praktischer Beispiele erwiesen. Die Lehrlingsfrage artet zur Lehrlingszuchterei in großem Maße aus, Hilfe ist bei den Handwerkskammern nicht zu erwarten. Die Berechtigung zur Lehrlingshaltung wird Personen übertragen, die nach der Gewerbeordnung weder ein Recht dazu haben noch die Voraussetzungen dazu bieten. Tüchtige und leistungsfähige Facharbeiter werden unter diesen Umständen nicht herangebildet. Von Baugen, Löbau und Zittau wird auf die Auslöschungfrage bei Ueberlandarbeiten hingewiesen, die ohne weiteres eine Regelung fordert. Kollege Linke gibt ein Bild der Entwicklung der Tarifverträge im allgemeinen. Landestarifverträge sind nicht das Produkt irgendwelcher Zufälligkeiten, sondern sie entwickeln sich aus den Notwendigkeiten der Wirtschaft. Mit diesem Instrument das Beste für die Arbeiterherauszuholen, das ist unsere Aufgabe. Das nun einmal unausbleibliche Ringen zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen, das sich bei Abschluß der Tarifverträge abspielt, darf uns nicht verleiten, nun das ganze Instrument des Landestarifvertrages zu beseitigen. Wir stehen noch nicht am Ende der Entwicklung der Vertragsidee im Straßenbaugewerbe, sondern neues muß hier geschaffen werden. Die Zusammenfassung aller Straßenbauverfahren in einen großen Reichstarifvertrag ist unser Ziel. Dieses Ziel würde hinausgeschoben werden, wenn mir den Landesvertrag beseitigen wollten. Die Löhne werden auch jetzt auf bezirkslicher Grundlage geregelt und sind dem Einflusse der Bezirke ausgesetzt. Auch die Schlichtungsordnung ist keine Fessel für uns, sondern in ihr sei der Rechtsgedanke verkörpert, der zur Lösung der Streitfälle in eine Norm gebracht wurde. Die Beseitigung des Landestarifvertrages sei ein Rückschritt. Diesen Ausführungen wurde entgegengehalten, daß die Unternehmer doch, wie die letzten Verhandlungen gezeigt haben, einer fortschrittlichen Ausgestaltung des Landestarifvertrages entgegenstehen. Für die Kollegen sei darum die Frage jetzt so, ob der Landestarifvertrag in der von den Unternehmern beeinflussten Form weiter uns noch dienlich sein kann. Diese Frage muß verneint werden. Von den 24 zu diesem Punkte sprechenden Rednern traten 22 für Ablehnung des Landestarifvertrages ein. Im weiteren wurde ein Antrag eingebracht, daß die Hauptkasse die Delegationskosten für die übergetretenen Fachgruppen übernehmen solle. Der Kollege Schulze wies demgegenüber darauf hin, daß diese Vertreter wie alle anderen die Kosten von ihren Zahlstellen erhalten. Weiter wurde das Unterstützungsweilen des Verbandes einer Erörterung unterzogen und diesem das Unterstützungsweilen des Baugewerksbundes gegenübergestellt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Zahlstellen Gelegenheit haben, bei dem kommenden Verbandstag ihre Wünsche in Form von Anträgen anzubringen. Entgegen den Forderungen der Unternehmer wurde die Linie festgelegt, in welchen Formen sich die Forderungen der Konferenz bewegen. Aufgabe jeder Fachgruppe muß es sein, auf die Außenleiter und die Tarifbrecher ein scharfes Auge zu haben und ihrem Treiben mit allen Kräften zu steuern. Bei der Erörterung der Genossenschaftsfrage wies Kollege Linke darauf hin, daß von den 42 Genossenschaften, die nach Kriegsende sich entwickelten, nur drei sich in ganz Deutschland gehalten und ihre Betriebe zu Musterbetrieben entwickelt haben. Allergroßte Vorzicht, gepaart mit größter Intelligenz der Leitungen, ist darum zu einer Genossenschaftsgründung notwendig. Wo dieses und größter Opfermut der Mitglieder nicht vorhanden, lasse man die Finger davon. Nachdem die Vertragsdauer erörtert und beschlossen wurde, wies Kollege Hoyer, Leipzig, auf die Ausgestaltung der Wohlfahrtseinrichtung hin, wie sie sich in Leipzig entwickelt und von den anderen Bezirken nachgeahmt werden müßte. Nach der Konferenz wurden die Räume der Zentrale und des Fremdenheimes einer Besichtigung unterzogen. Nach einem kurzen gemütlichen Beisammensein strebten die Kollegen wieder ihrer Heimat zu.

Stettin II. Versammlung am 10. Februar 1929. Auf der Tagesordnung standen: Kündigung des Lohnabkommens, der Fall Dahke und Abrechnung vom 4. Quartal, außerdem Verschiedenes. Der Vorsitzende begrüßte im Namen der Versammlung den Gauleiter Teege, der zu unserer heutigen Versammlung erschienen ist. Der Kollege Mau verliest hierauf nochmals ein Schreiben der Innung, worin diese uns auffordert, unsere Kündigung des Lohnabkommens zurückzunehmen, da sie keine Lohnerhöhung bewilligen könne. Darauf spricht der Gauleiter Teege und schildert uns die Konjunktur des Steinlegergewerbes im Reich. Danach ist ein Abflauen in unserem Gewerbe zu verzeichnen, weil es dem Reich und den Kommunen an Geld mangelt. Außerdem ist die Konkurrenz zwischen dem Steinlegergewerbe und dem Kunststrassenbau sehr groß. Der Syndikus der Arbeitgeber hat ein Rundschreiben herausgegeben, worin die Arbeitgeber aufgefordert werden, soweit die Lohnabnahme von den Arbeitnehmern noch nicht gekündigt sind, dies sofort von den Arbeitgebern vorzunehmen und eine Lohnerhöhung unter keinen Umständen zu bewilligen. Vielmehr soll ein Lohnabbau vorgenommen werden, stellenweise bis zu 40 Pfennig. Den Gesellen will man den Lohn noch zwei Jahre lassen. Den Kammerern soll der Lohn um 20 Pfennig gekürzt werden und der Hilfsarbeiter soll bei dem Herrn überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Woher kommt es nun, daß die Herren Arbeitgeber so frag gegen uns vorgehen wollen? Einestheils hat es die gute Konjunktur der letzten Jahre und zum andern unsere innere Zerissenheit mit sich gebracht. Darum fort mit aller Afford- und Prämiendarbeit. Auch im Stettiner Bezirk hat sich dieses System der Prämiendarbeit eingestellt. Wir müssen mehr noch als bisher zusammenhalten und auch die Außenleiter dazu zwingen, unsere Beschlüsse hochzuhalten. Nach den Ausführungen des Gauleiters setzte eine lebhafte Diskussion ein mit dem Endergebnis, nochmals mit den Meistern zu verhandeln. — Der Fall Dahke ist bereits dadurch erledigt, daß dieser schon aus unseren Reihen ausgeschieden ist. Der Kollege Lau stellt den Antrag, falls Dahke hier wieder erscheinen sollte, sich erst bei der Verbandsleitung zu melden. Unter diesen Antrag fällt auch der Zusatz der Kollegen von außerhalb. Der Kollege Mau verliest die Abrechnung vom 4. Quartal. Danach sind abgeführt an den Zentralvorstand 5418 Mark, Lokalfassenbestand 3425,28 Mark, Sterbekasse 3468,10 Mark, Ausgegahlt an Erwerbslosen- und Krankengeld, Unterstützung 7365 Mark und an Wohlfahrtsgeldern 12771 Mark. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt haben, wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Sterbegeldunterstützung soll vom 1. April 1929 auf 150 Mark erhöht werden. Zum Schluß sprach der Gauleiter Teege seine Freude über die gut diskutierende Versammlung aus.



Der Reichsarbeitsminister als Ehren doktor. Dem Reichsarbeitsminister Wiesel ist zu seinem 60jährigen Geburtstag von der Universität Kiel der Ehrendoktor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät verliehen worden. In der Urkunde heißt es u. a.: Diese Ehreung gilt... dem Sohne des Volkes, der in jedem Ringen zur Führung emporstieg, dessen Denken und Handeln darauf gerichtet ist, durch organische Wirtschaftserneuerung die Idee einer Gemeinschaft aller Schaffenden zu verwirklichen... Eine solche Gemeinschaft, wie sie dem Genossen Wiesel zu seinem 60. Geburtstag zuteil wurde, beruht letzten Endes auf dem Vertrauen der Millionen Hand- und Kopfarbeiter. Wir hoffen zuversichtlich, daß dieses Vertrauen auch in Zukunft durch energisches Eintreten des Reichsarbeitsministers für die Rechte der Arbeiter und Angestellten erhalten bleibt.

Rund um den Achtstundentag. Aus dem Rheinlande wird uns geschrieben: „Immer wieder und überall stößt man auf das Bestreben der Unternehmer, neben dem Achtstundentag weitere Mehr- und Ueberarbeit zu verlangen. Selbst dann, wenn zehntausende Arbeiter der gleichen Berufsgruppen arbeitslos sind, welche unhaltbaren Verhältnisse sich daraus entwickeln, möge folgendes Beispiel beleuchten. Die meisten Städte beschäftigen heute einen Teil der Erwerbslosen als Notstandsarbeiter. Für diese gilt der Achtstundentag unbedingt. Nicht aber für die von den gleichen Städten beschäftigten ständigen Arbeiter. Für diese gilt eine längere tägliche Arbeitszeit auf Grund tariflicher Bestimmungen. Es kann also leicht vorkommen, daß ein Trupp Notstandsarbeiter von einigen Vorarbeitern usw. beaufsichtigt wird. Während die Notstandsarbeiter nach 8 Stunden ihre Schicht beenden, müssen die Vorarbeiter, weil sie dem Städtetarif unterstehen, noch eine halbe Stunde länger arbeiten.“

Zur Abrundung des Bildes sei noch erwähnt, daß die Städte bei Vergabe von Arbeiten gewöhnlich zur Bedingung machen, daß der Achtstundentag bei diesen Arbeiten eingehalten werden muß. (Siehe Notstandsarbeiten!) Selbst aber verlangen die Städte als Arbeitgeber eine Abdingung dieser Bestimmung gegenüber den eigenen Arbeitern. Hier kann eins helfen — gleichmäßig für Gemeinden wie für Privatbetriebe: Restlose Einführung des Achtstundentages! Mehrarbeit oder Ueberarbeit darf nur dann gestattet werden, wenn keine Arbeitslosen mehr vorhanden sind.“

Arbeitslosigkeit und Arbeitseinkommen. In der Nummer 49 der Wochenberichte des Konjunkturinstituts befinden sich interessante Berechnungen über die Verluste an Arbeitseinkommen durch die scharfe Arbeitslosigkeit. Das Konjunkturinstitut hat errechnet, daß im Januar und Februar zusammen das industrielle Lohneinkommen wegen der großen Arbeitslosigkeit trotz der höheren Löhne um etwa 200 bis 250 Mill. Mark niedriger war als im Januar und Februar 1928. Diesen Verlusten an Arbeitseinkommen hat man die Beträge gegenüberzustellen, die an Unterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung und Arienunterstützung gezahlt wurden. Sie dürften für die beiden ersten Monate des Jahres gegenüber dem Vorjahre um rund 100 bis 120 Mill. Mark gestiegen sein. Der Nettoverlust an Arbeitseinkommen dürfte sich daher für Januar und Februar zusammen gegenüber 1928 auf mindestens 100 bis 150 Mill. Mark stellen. Da die Arbeitslosigkeit, die sonst Ende Januar ihren Höhepunkt erreicht hatte, bis Mitte März auf hohem Stande blieb, so wird in diesem Jahre das Oster- und Frühjahrsgeschäft eine empfindliche Einbuße erleiden. Dadurch wird eine Wendung der Konjunktur sehr weit hinausgeschoben. Den Schaden hat in erster Linie die breite Masse des Volkes zu tragen.

Ein Riesenprojekt zur Erzeugung von Elektrizität. Die AEG unterbreitet der Öffentlichkeit ein Projekt, das zum Ziele hat, die gesamten Wassermengen der hohen Tauern in möglichst großer Höhe zu sammeln und in einigen Werken zur Ausnutzung zu bringen. Geradezu gegeben für diese Idee war der Steilabfall des Kapruner- und Salzachals zwischen dem bekannten Mooserboden von St. Johann im Pongau. Zwischen diesen beiden Punkten steht ein Gesamtgefälle von rund 1500 Meter zur Verfügung, das in drei Werken mit rund 420, 880 und 200 Meter Einzelgefälle ausgenutzt werden soll. Die Wassermengen dieses Teiles der österreichischen Alpen werden in zwei große Talsperren zusammengeleitet. Die Kosten dieser Zusammenleitung soll verhältnismäßig gering sein. Es ist vorgezogen, in die drei Werke eine Maschinenleistung von über eine Million Kilowatt einzubauen. Die Erzeugung kann bis zu ungefähr 6,6 Milliarden Kilowattstunden gesteigert werden. Die Wassermassen des betreffenden Gebirgsmassivs sind so gewaltig, daß 15 Milliarden Kilowattstunden Rohenergie, also eine Kraftmenge, die den Bedarf der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft ganz Deutschlands entspricht, damit erzeugt werden kann. Die Strommengen sollen der österreichischen und deutschen Wirtschaft zugeführt werden. Die Kosten zur Ausführung dieses Planes werden auf eine Milliarde Mark geschätzt. Sie sollen durch Auslandsanleihen aufgebracht werden. Um welche Ersparnis an Kohlen es sich bei der Errichtung solcher Werke handelt, möge daraus zu ersehen sein, daß eine moderne Dampfkraftanlage rund 4 Millionen Tonnen Steinkohle benötigt, um die gleiche Energiemenge zu erzeugen. Das betreffende Werk müßte Stunde für Stunde einen vollen Güterzug mit rund 500 Tonnen Kohle empfangen.

Fürsorgelasten sind Rationalisierungsspeisen der Wirtschaft. Die gegenwärtigen politischen Kämpfe drehen sich hauptsächlich um die Steuererhöhungen. Die riesigen Lasten, die das Reich zu tragen hat, zwingen zur Erhöhung einiger Steuerarten. Der Fehlbetrag, der nach Senkung einiger Ausgabenposten besteht, beträgt 379 Mill. Mark. Dieser Fehlbetrag soll gedeckt werden durch Erhöhung der Biersteuer mit 165 Mill. Mark, der Branntweinabgabe mit 90 Mill. Mark, der Vermögenssteuer mit 104 Mill. Mark und der Erbschaftsteuer mit 20 Mill. Mark. Der größte Teil des Fehlbetrages soll also durch Belastung der breiten Massen gedeckt werden. Wir wollen hier nicht darüber streiten, inwieweit dies notwendig ist. Aber es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien immer wieder fordern, die fehlenden Mittel durch Ausgabenreparatur einzubringen. Es wird aber nirgends klar gesagt, von welchen Ausgabenposten Ersparungen gemacht werden sollen. Von einzelnen Kritikergruppen, namentlich vom Hansabund und von den Unternehmern, wird aber gefordert, daß die Ausgaben für soziale Lasten empfindlich gesenkt werden sollen. Mit erfreulicher Deutlichkeit weist die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nummer 151 auf diese Demagogie mit folgenden Worten hin:

„Wenn die Unternehmerverbände, die sich immer als „die Wirtschaft“ gebären, ohne dazu von irgend jemand bevollmächtigt zu sein, die Dinge gerne so darstellen, als ob jede Ausgabe der öffentlichen Körperschaften einbarer Verlust für die Volkswirtschaft sei, so darf man sie daran erinnern, daß — ganz abgesehen von den zu nicht geringem Teil als Rationalisierungsspeisen der Wirtschaft anzusprechenden, aber von der öffentlichen Hand mit zu tragenden Fürsorgelasten — alle diese Summen zuletzt entweder in Kaufkraft der Staatsangestellten, oder in Staats- oder Gemeindeaufträgen für die Industrie usw. umgekehrt werden.“

Es ist in der Tat so, daß die Unternehmerverbände von niemand bevollmächtigt sind, sich als „die Wirtschaft“ zu bezeichnen. Zur Wirtschaft gehören auch die 20 Millionen Erwerbstätigen, die mit ihrer Arbeitskraft ein Wirtschaftsergebnis ermöglichen. Daß die Fürsorgelasten, die das Reich, die Länder und die Gemeinden zu tragen haben, Rationalisierungsspeisen für die Privatwirtschaft sind, wird immer wieder übersehen. Und doch ist es notwendig, hierauf mit aller Deutlichkeit hinzuweisen.

Berechnung der unpfändbaren Lohn- und Gehaltssteile

bei Ausfall einzelner Arbeitstage oder Arbeitswochen

Dr. Franz Goerrig, Lohmar (Siegkreis).

Die gesetzlichen Lohnpfändungsbestimmungen, d. h. das Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes vom 21. 6. 1869 (Bundesgesetzblatt S. 242) (mit den Abänderungen vom 29. 3. 1897, 17. 5. 1898 und 17. 5. 1915, Reichsgesetzblatt S. 159, 332 und 285), § 850 der Zivilprozessordnung und die Verordnung über Lohnpfändung vom 25. 6. 1910 (Reichsgesetzblatt S. 589) (mit den Abänderungen vom 10. 8. 1920, 23. 12. 1921, 13. 12. 1923, 7. 1. 1924, 17. 12. 1926 und 27. 2. 1928, Reichsgesetzblatt S. 1572, 1657, 1186, 25, 503 und 45) enthalten keine ausdrücklichen Bestimmungen darüber, wie die unpfändbaren Lohn- und Gehaltssteile zu berechnen sind, wenn einzelne Arbeitstage oder Arbeitswochen ausfallen.

Nach Art. 1 des Lohnpfändungsgesetzes vom 27. 2. 1928 (RGBl. I S. 45) ist der Arbeits- und Dienstlohn bei Auszahlung für Monate oder Bruchteile von Monaten bis zur Summe von monatlich 195 Mark, bei Auszahlung für Wochen bis zur Summe von wöchentlich 45 Mark, bei Auszahlung für Tage bis zur Summe von täglich 7,50 Mark usw. der Pfändung nicht unterworfen. Es kommt danach für die Berechnung des pfändbaren Betrags auf die Auszahlungsweise an, d. h. auf den Zeitraum, für den die Auszahlung erfolgt. Der Gesetzgeber geht hierbei davon aus, daß der Arbeiter mit dem in einem bestimmten Zeitraum verdienten Lohn seinen Unterhalt für die Dauer eines ebenso langen Zeitraums bestreiten muß. Wer also wöchentlich entlohnt wird, dem soll, weil er erst nach Ablauf einer Woche neuen Lohn erhält, von seinem Lohn soviel freibleiben, als er zum Lebensunterhalt bis dahin dringend bedarf, und diesen Betrag bemißt der Gesetzgeber auf 45 Mark. Es ist daher belanglos, auf welcher Grundlage der in der Woche verdiente Lohn berechnet worden ist, insbesondere, ob der Arbeiter Stunden- oder Stücklohn erhält. Auch ist es gleichgültig, wie sich die Arbeit für die Lohn gezahlt wird, auf die einzelnen Wochentage verteilt. Es macht keinen Unterschied, ob der Arbeiter an den Wochentagen gleichmäßig gearbeitet hat oder nicht, und ob er an einzelnen Tagen überhaupt nicht gearbeitet hat. Die Ansicht des Arbeitsgerichts, daß für den Kläger, obwohl er seinen Lohn wöchentlich ausgezahlt erhielt, die Pfändungsgrenze von 45 Mark nicht gelte, weil er keinen festen Wochenlohn bezogen habe, ist somit irrig. Das Arbeitsgericht geht offenbar in unrichtiger Auslegung der Worte „Auszahlung für Monate“, „für Tage“ usw. davon aus, daß nicht der Zeitraum, auf den sich die Lohnzahlung erstreckt, sondern die Lohnberechnungsart maßgebend sei. Aber selbst von diesem Standpunkt aus ist seine Feststellung, daß in vorliegendem Falle „eine Auszahlung für Tage“ in Frage kommt, unzutreffend, weil der Kläger nicht im Tagelohn steht, sondern im Akkord arbeitet, der sich auf den Stundenlohn aufbaut. Das Arbeitsgericht hält seine Auslegung des § 1 des Lohnpfändungsgesetzes für dem Sinn und Zweck des Gesetzes entsprechend, weil andernfalls jeder Tagelöhner und Akkordarbeiter, gegen den ein Pfändungs- oder Ueberweisungsbeschluss ergangen ist, diesen dadurch unwirksam machen könnte, daß er an einzelnen Arbeitstagen nicht arbeitet. Demgegenüber ist jedoch darauf hinzuweisen, daß der Gläubiger keinen Anspruch auf die Arbeitskraft seines Schuldners hat, abgesehen hiervon aber aus der Arbeitskraft sich in der Regel nicht darauf einlassen wird, daß der Arbeiter, wenn sein Lohn gepfändet ist, mit der Arbeitskraft zurückhält und unregelmäßig arbeitet. Die Beklagte war somit nicht berechtigt, von dem Lohne des Klägers etwas für den Gläubiger einzubehalten. Auf die umstrittene Frage, ob der unpfändbare Teil des Lohnes aus dem Nominallohn (Bruttolohn) zu errechnen ist oder aus dem

Betrag, den der Arbeiter nach Abzug der Steuern und der ihn betreffenden Beiträge zur Sozialversicherung ausbezahlt erhält (Nettolohn), braucht nicht eingegangen zu werden, weil im vorliegenden Falle auch der in der fraglichen Woche verdiente Bruttolohn weniger als 45 Mark ausmachte.

Ist der Unternehmer bei Unterbrechung des Lehrverhältnisses infolge Witterungseinflusses schadenerfüllungspflichtig?

Zu dieser Streitfrage, die besonders die Lehrlinge der Außenberufe lebhaft interessieren dürfte, hat das Arbeitsgericht Kiel in einer Entscheidung vom 4. Februar 1929 Stellung genommen. Folgender Sachverhalt liegt zugrunde:

Zwischen den Parteien bestehen Lehrverträge. Am 18. Januar 1929 entließ die Beklagte die Kläger des Frostes wegen, stellte sie aber am 22. Januar 1929 durch Vermittlung des Vertreters des Steinarbeiter-Verbandes wieder ein. Die Kläger verlangten nunmehr für den 19. und 21. Januar 1929 von der Beklagten Ersatz des ihnen durch die widerrechtliche Entlassung entstandenen Lohnausfalls. Die Beklagte hat Klageabweisung beantragt, die sie damit begründete, daß der Verbandsvertreter namens und im Auftrage der Kläger bei den Verhandlungen

an den hier fraglichen Tagen unmöglich gewesen wäre. Beides ist jedoch nicht der Fall. Die Beklagte selbst hat gar nicht einmal behauptet, daß die Arbeit der Kläger des Frostes wegen nicht möglich gewesen wäre. Sie hat lediglich vorgetragen, daß das Steinschlagen der Kläger auf ihrem Plage für sie nicht rentabel gewesen sei. Die Unrentabilität der Arbeit der Kläger für die Beklagte ist aber für den fraglichen Anspruch der Kläger unerheblich. Für den Verzicht der Kläger auf ihren Lohnanspruch war beim Bestreiten der Kläger die Beklagte beweispflichtig. Diesen Beweis ist die Beklagte schuldig geblieben. Der Zeuge Millanowsky hat bekundet, daß er ausdrücklich das Anfechten der Beklagten, daß für den Fall der Wiedereinstellung die Kläger auf ihren Lohnanspruch für die hier fraglichen beiden Tage verzichten sollten, abgelehnt hat. Die Zeugin Rudolph, die im übrigen von dem Telephongespräch des Mitinhabers der Beklagten Teis und dem Zeugen Millanowsky nichts gehört hat, hat nur bekundet, daß bei diesem Telephongespräch der Millanowsky erklärt hat, nein, darauf könne er sich nicht einlassen. Auch diese Aussage der Zeugin Rudolph bestreitet im gewissen Sinne noch die Bekundung des Zeugen Millanowsky.

Da die Höhe des geltend gemachten Anspruches von der Beklagten nicht weiter bemängelt ist, so war die Beklagte dem Klageantrag entsprechend zu verurteilen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO. Das Urteil ist endgültig.

Obwohl in der Urteilsbegründung die allgemein geltende Rechtslage, daß der Lehrvertrag ein Arbeitsvertrag ist, eingehalten wurde, ohne daß es besonders ausgesprochen wurde, macht sich eine Stellungnahme zur Begründung notwendig. Darin wird eingangs ganz klar gesagt, daß die auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Lehrverträge von der Beklagten nur aus einem der im § 12 des Lehrvertrages aufgeführten Gründe vorzeitig gelöst werden konnte und daß, weil ein solcher Grund nicht vorgelegen, die Beklagte deshalb verpflichtet ist, den den Klägern durch die widerrechtliche Auflösung des Lehrverhältnisses zugefügten Schaden zu ersetzen. Diese durch den Abschluß der Lehrverträge geschaffene Rechtsgrundlage wird in der weiteren Begründung darin eingeschränkt, daß die Kläger einen Schadenersatzanspruch an den Beklagten nicht erheben konnten, wenn an den beiden Tagen die Arbeit unmöglich gewesen wäre. Dieser Teil der Begründung geht unbedingt fehl! Der Lehrvertrag wird für eine bestimmte Zeit abgeschlossen. Das Verhältnis des Lehrherrn und des Lehrlings zueinander wird dadurch für eine bestimmte Dauer bindend geregelt. Durch den abgeschlossenen Lehrvertrag, der nach den wiederholten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts gleichzeitig Erziehungs- und Arbeitsvertrag ist, verpflichtet sich der Lehrherr, den Lehrling zu unterrichten und zu entschädigen. Eine ordnungsgemäße Unterweisung darf aber neben der praktischen die theoretische Ausbildung nicht unberücksichtigt lassen. Soweit demzufolge die Witterungsverhältnisse besonders bei Außenberufen die weitere praktische Ausbildung nicht ermöglichen, hat die theoretische einzusehen, widrigenfalls der Lehrherr seinen übernommenen Pflichten nicht nachkommt. Die Art und Weise, wie die theoretische Ausbildung erfolgt, wird allerdings in das Ermessen des Lehrherrn zu stellen sein. Darüber hinaus muß aber an der Rechtslage, die der auf bestimmte Zeit festgelegte Lehrvertrag gibt, festgehalten werden, daß für dessen Zeitdauer die jeweils festgesetzte Entschädigung (Entlohnung) wie auch die Sozialbeiträge für den Lehrling abzuführen sind, und zwar auch dann, wenn bei Aussehen die theoretische Unterweisung nicht erfolgt. Gestützt wird diese Rechtslage noch durch das Arbeitsvermittlungsgesetz, das im § 74 den Lehrlingen mit mindestens zweijährigem Lehrvertrag die Arbeitslosenunterstützung verleiht, auch dann verleiht, wenn dazu Beiträge abgeführt worden sind. Der Lehrherr unterliegt nach dem BGB den Vertragsbestimmungen, die im § 325 ganz deutlich wollen, daß der Teil, der mit der Leistung aus dem Vertrage im Rückstand bleibt, und zwar aus Gründen, die er zu vertreten hat, dem anderen Teil zum Schadenersatz verpflichtet ist.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

über die Wiedereinstellung der Kläger damit einverstanden gewesen sei, daß der Lohn für die Zeit der Entlassung nicht gezahlt werden sollte, wenn die Kläger sofort wieder eingestellt würden. Des weiteren behauptete die Beklagte, daß die von den Klägern auf ihrem Plage zu verrichtenden Steinschlagarbeiten des Frostes wegen zwar nicht unmöglich, für sie aber unrentabel gewesen seien und sie deshalb die Kläger entlassen habe. Unbestritten ließ die Beklagte die Höhe des Stundenlohnes, der zur Zeit der Entlassung für den Kläger zu 1 90 Pfennig und für den Kläger zu 2 73 Pfennig betrug.

Das Arbeitsgericht hat dem Antrag der Kläger entsprochen und die Beklagte antragsgemäß mit nachstehender Begründung verurteilt:

„Die auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Lehrverträge konnten von der Beklagten nur aus einem der in § 12 der Lehrverträge aufgeführten Gründe vorzeitig aufgelöst werden. Daß ein solcher Grund zur vorzeitigen Entlassung der Kläger vorgelegen hat, hat die Beklagte selbst nicht behauptet. Das Lehrverhältnis ist daher widerrechtlich von der Beklagten aufgelöst und die Beklagte deshalb verpflichtet, den durch die vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses den Klägern zugefügten Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß die Kläger auf Erstattung dieses Schadens verzichtet hätten oder die Arbeitsleistung der Kläger

Gesang der Baumwollpflücker in Mexiko

Dieses Gedicht entnahmen wir dem bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, erschienenen Band „Die Baumwollpflücker“, Erzählung von B. Traven, in Volume 3. Mark. Von Traven sind im gleichen Verlag erschienen: „Land der Fährten“, „Der Schah der Serenader“, „Des Toten Jagd“, „Der Busch“, „Die Bräutigam Jungfrau“, alles Bücher, die besonders jetzt aktuelle Bedeutung haben. Die Traven-Bücher enthalten die Wahrheit über Mexiko.

Es trägt der König meine Gabe, Der Millionär, der Präsident; Doch ich, der lumpige Pflücker, habe In meiner Tasche keinen Cent. Trab, trab, aufs Feld! Gleich geht die Sonne auf. Häng um den Saß, Zieh fest den Gurt! Hörst du die Waage wimmern? Und einen Hut hab' ich, 'nen alten. Kein Hälmchen Stroh ist heil daran: Doch diesen Hut muß ich behalten. Weil ich ja sonst nicht pflücken kann. Trab, trab, aufs Feld! Gleich geht die Sonne auf. Häng um den Saß, Zieh fest den Gurt! Siehst du die Waage zittern? Ich bin verkauft, ein Vagabund, Und das ist gut, das muß so sein; Denn wär' ich nicht so'n armer Hund, Käm' keine Baumwoll' rein. Im Schritt, im Schritt! Es geht die Sonne auf. Hüß' in den Saß Die Ernte dein! Die Waage schlag in Scherben!

sonst nichts von dem Wesen, von der Aufgabe und dem Ziel der Büchergilde weiß. Seine bewundernde Anerkennung würde aber einen solchen Betrachter der Gildenbücher zweifellos zu einem begeisterten Anhänger der Buchgemeinschaft machen, würde ihn zu dauernder Mitgliedschaft der Gilde führen, wenn er auch die Bücher ihrem Inhalt nach kennen lernen würde. Es ist ja kein unbegründetes Mißtrauen, anzunehmen, daß sich oft gerade unter einem bestechend schönen Außeren ein hohles, leeres Innere verbirgt. In unserer Zeit der Scheinwerte sind allzuoft schon schreiende Reklame und rigorose Geschäftstüchtigkeit die erfolgreichsten Betrüger an den Konsumenten geistiger wie materieller Waren gewesen. Für die Büchergilde treffen aber solche Beschränkungen nicht zu. Wir brauchen nur einmal die Reihe der Autoren dieser Buchgemeinschaft zu überfliegen, um feststellen zu können, daß die Büchergilde in ihren Werken ein ernstes, literarisches Gesicht zur Schau trägt.

Das Gesamtwerk ist, was jeder einigermaßen mit der Literatur der Gegenwart vertraute Beurteiler zugeben muß, der Ausdruck eines fest umrissenen literarischen Programms, das den geistigen Bedürfnissen des arbeitenden Menschen vor allem gerecht wird.

Vor uns liegen die Bücher von B. Traven, die in der Einführungsnote erwähnt werden. Es sind vorzügliche, spannende Erzählungen, um deren Herausgabe sich die Büchergilde erneut verdient gemacht hat. Der Verfasser war vor etwa vier Jahren noch unbekannt, erst die Büchergilde hat Traven zum Sprung in die Weltliteratur verholfen. Wer ist Traven? Darüber lesen wir im Mitteilungsblatt „Die Gildenstimme“ folgendes:

„Dieser Mann, dessen Heimat die ganze Erde ist, lebt irgendwo in Mexiko, heute in einer Stadt, morgen in den Urwäldern, die er auf seinen Fahrten durch mexikanische Busch und indianische Dörfer durchstreift, und schreibt, erzählt und berichtet, oftmals wie ein wahrer Dichter, manchmal wie ein Reporter, aber immer ganz unliterarisch, alles das, was er erlebt hat und noch erlebt. Und in kurzer Zeit hat er sich mit wenigen Büchern, in denen das gegenwärtige Schicksal und die Zukunft des proletarischen Menschen gestaltet ist, die Anonymität der ganz großen Künstler errungen; denn seine Werke können leben und werden lange noch bestehen, auch ohne das Wissen um die Herkunft und das äußere Leben des Autors. Selbst der Verlag der Büchergilde weiß nichts über den Verfasser zu berichten, und Traven hält es für ganz unweilich, mehr über seine Person zu erzählen, als in seinen Büchern steht. Die Frage: „Wer ist der Mann? Welches Geheimnis umgibt ihn?“ ist in diesem Falle ganz unangebracht. Sie führt auf eine falsche Spur; denn Traven wünscht nur, daß seine Person ganz und gar unwichtig ist. Wichtiger ist ihm sein Werk. Wenn man den Menschen im Werk findet (man findet ihn in seinen Büchern!), dann ist niemand damit gebieter, daß man auch noch sein Geburtsdatum, sein Alter und seine Fußplänge mitteilt. Hören wir ihn selbst, wie er mit eigenen Worten Auskünfte für einen Steckbrief ablehnt. Er schrieb einmal:

„Wer sich um einen Posten als Nachtwächter oder als Laternenanzünder bemüht, muß einen Lebenslauf schreiben und ihn innerhalb angemessener Frist einreichen. Von einem Arbeiter, der geistige Werte schafft, sollte man nie einen Lebenslauf verlangen. Es ist unbillig. Man verführt ihn zum Lügen. Besonders dann, wenn er aus irgendwelchen Gründen glaubt, daß sein wahrer Lebenslauf eine Enttäuschung für die Menschen sein muß. Hier freilich treffe

ich mich nicht selbst. Mein Lebenslauf würde nicht enttäuschen. Aber mein Lebenslauf ist meine Privatangelegenheit, die ich für mich behalten möchte. Nicht aus Egoismus, vielmehr aus dem Wunsche heraus, in meiner eigenen Sache mein eigener Richter zu sein. Ich möchte es ganz deutlich sagen: Die Biographie eines schöpferischen Menschen ist ganz und gar unwichtig. Wenn der Mensch nicht in seinen Werken zu erkennen ist, dann ist entweder der Mensch nichts wert, oder seine Werke sind nichts wert. Darum sollte der schöpferische Mensch keine andere Biographie haben als seine Werke. In seinen Werken legt er seine Persönlichkeit und sein Leben der Kritik aus.“

Betrachten wir also sein Werk, in dem er sich als Dichter, Kämpfer und Mensch in gleichem Maße beweist. Schon mit seinem ersten Roman „Das Lotenischiff“ gab B. Traven uns ein Buch, das aus dem Geiste einer mit proletarisch-künstlerischer Realistik erfüllten neuen, wahrhaft antibürgerlichen Kunst geschaffen wurde. Einer, der mit aller Tradition gebrochen hat, der selbstbewußt, zukunftsgläubig und mutig anrennt gegen die Barrikaden der Heuchelei, Verlogenheit, Raffgier — überhaupt gegen die ganze, im inneren Kern schon faulende Moral der bürgerlichen Gesellschaft — hat diese Geschichte eines amerikanischen Seemanns geschrieben. Nicht von ohnmächtiger, sentimentaler Anlage ist diese Geschichte erfüllt; ein befreiendes Lachen, geboren aus bitterer Ironie, satirischem Humor und auch viel bitterem Ernst, triumphiert immer wieder, trotz der erschütternden Tragik, mit der das Buch ausklingt. Der Seemann selbst erzählt, in einer Sprache, die ungeschminkt und rücksichtslos, sachlich und plastisch, gerade durch ihre Einfachheit packt. Es ist, als kämen wir ihm selbst gegenüber, dem Deckarbeiter, der in Antwerpen sein Schiff verloren hat und mit seinem Schiff seine Ausweisepapiere. Diegenen Rechtslohn und Kamenslohn, der den Konsulaten in Belgien, Holland und Frankreich nun nicht einmal beweisen kann, daß er geboren ist. Was ist er jetzt? Ein Garnichts, mit dem die Bureaucratie aller Länder Schindluder spielte, einer, der von einem Land ins andere abgeschoben wird, für den es keinen Platz und keine Arbeit mehr gibt, bis er endlich nach langen Irrfahrten im sonnigen Spanien beschaulich und gut sein Dasein fristet. Da fährt ihm so ein verträgliches Schiff in die Quere, so ein „Cimer“, den wieder unter den Füßen zu haben seine unbändige Sehnsucht ist. Es ist die „Porikke“, ein Wsl aller Heimatlosen, Ausgestoßenen und Verfluchten. Da fragt keiner nach Papieren auf diesem unheimlichen Schiff. Essen, Trinken, Unterkunftsräume und auch Arbeit, viel Arbeit gibt es auf dem Dampfer dunkler Herkunft, aber miserabel, unmenschlich und hart ist das Leben dieser „Toten“ auf dem schmucklossten Raft. So entsetzlich, daß er nach der ersten Nachtwaage sagt: „Keine menschliche Befehle kann Höhenqualen ausdenken, die mich noch erschrecken könnten. Die Hölle muß ein Paradies sein, wie sie auch beschaffen sein mag. Sie ist Erlösung vom Arbeiten auf der „Porikke“. Dieses Schiff, das der Reder wegen der Versicherungssumme untergehen läßt, ohne Wissen der armen Teufel, die darauf wie Gefangene arbeiten, zeigt die Seemannsromantik in Wahrheit: unmenschlich harte Arbeit und tierische Behandlung. Kapitän und Offiziere allein wissen die Stunde des Unterganges; die Besatzung aber muß untergehen, so will es eine gottgewollte Ordnung. Ob die Barias der Gesellschaft in den Zuchthäusern des Jellandes oder auf den „Totenschiffen“ sterben — es ist doch alles gleich. Man zweifelt nicht an der Existenz dieser Fahrzeuge; denn, wie Traven sagt, „es fahren viele Totenschiffe auf den sieben Meeren, weil es viele Tote gibt. Nie gab es soviel Tote, als seit der große Krieg für die Freiheit gewonnen wurde. Für jene

An dieser Stelle wurde schon wiederholt, und mit Recht, auf die „Büchergilde Gutenberg“ und ihre hervorragenden Leistungen hingewiesen; denn — von allen Buchgemeinschaften, die bisher in Deutschland gegründet worden sind, hat wohl keine so zielbewußt und glücklich den Gedanken verwirklicht, den breiten Massen das gute und billige Buch zu vermitteln, wie die von dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker vor einigen Jahren ins Leben gerufene Buchgemeinschaft „Büchergilde Gutenberg“ in Berlin. Mehr als 70 Bände in typographisch hervorragender Ausstattung beweisen es, daß die „Büchergilde Gutenberg“, befeelt von dem Geiste wahrer Gemeinschaftsarbeit, bisher Hervorragendes auf dem Gebiete der Buchkultur geleistet hat. Niemals wird der öffentliche Buchhandel, der das Buch fast ausnahmslos noch als Geschäftsobjekt betrachtet, zu einem so billigen Preise Bücher in einer ebenso musterzüglichen Ausstattung auf den Markt bringen. Die Billigkeit und das geschmackvolle Gewand der Gildenbücher zwingen jeden, der nur einmal einige dieser Bücher sah, zur Bewunderung und Bewunderung, selbst wenn er



Mehr Schutz den Jugendlichen!

Die Vorschriften über den Schutz der Jugendlichen sind noch viel zu milde. Die Gewerkschaften fordern daher die Verschärfung der Schutzbestimmungen und ihre verschärfte Durchführung. Wie notwendig es ist, daß der Forderung der Gewerkschaften Rechnung getragen wird, beweist die Tatsache, daß im Jahre 1927 rund 7000 Verstöße gegen die Schutzbestimmungen der Jugendlichen von den Gewerbeaufsichtsbeamten ermittelt wurden. Wenn man bedenkt, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten nur einen geringen Teil der wirklich vorhandenen Betriebe besichtigen, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wieviel Verbotenes noch vorhanden ist, das nicht gesehen wird. Im Baugewerbe zum Beispiel wurden in 16 000 besichtigten Betrieben nicht weniger als 185 Verstöße gegen die Schutzvorschriften der Jugendlichen festgestellt. Die Klagen kommen aus allen Gewerben, und am häufigsten aus den Gewerben und Industrien, wo das Handwerk stark vertreten ist. Die kleinen Handwerksmeister, die zumeist ihre Lehrzeit vergessen haben oder der Meinung sind, daß auch heute noch der Lehrling nach Lust und Laune geprügelt werden kann, kümmern sich im allgemeinen wenig um die Schutzvorschriften. So heißt es in dem Bericht des Berliner Gewerbeaufsichtsbeamten: „Aus allen Gewerben kommen gelegentlich Klagen über zu starke Heranziehung der Lehrlinge zu Botengängen, die auch zu unzulässigen Arbeitszeiten führten, Ueberschreitung des Zuchtigungsrechts und einseitige Ausbildung. Die Klagen stellten sich mehrfach als berechtigt heraus.“

Sehr häufig werden die Pausen nicht eingehalten. Der Bericht aus Württemberg sagt darüber: „Bei der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter gab in der Hauptsache die Nichteinhaltung der Pausen Grund zur Beanstandung. In verschiedenen Fällen wurden zu lange Arbeitszeiten und ungehörliche Beschäftigung nach 8 Uhr abends bei Zwischbetrieb festgestellt. Zuwiderhandlungen dieser Art ergaben sich besonders dort, wo die Jugendlichen mit den Erwachsenen zusammen arbeiteten und die letzteren auf die Mithilfe der Jugendlichen angewiesen waren.“ Der Bericht aus Osnabrück meldet 3 Verstöße wegen Verletzung der Vorschriften über die Pausen. Und das Gewerbeaufsichtsamt Sigmaringen meldet: „Bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge bleiben häufig die Vorschriften über die bei längerer als achtkündiger Arbeitszeit zu gewährenden Vor- und Nachmittagspausen unbeachtet.“

Ueber Ausnutzung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter wird in vielen Berichten geklagt. Der Seltiner Bericht sagt: „Klagen über Ausnutzung der Lehrlinge und ihre zu hohe Zahl wurden wiederholt vorgebracht. 3 Fälle wurden der Gemeindebehörde mit der Bitte um Einschreiten übergeben.“ Kassel berichtet: „Die Lehrlinge werden oft als billige Arbeitskräfte betrachtet und deshalb auf Kosten der Ausbildung zu allen möglichen außerberuflichen Arbeiten herangezogen.“ Osnabrück meldet: 19 Verstöße wegen übermäßiger Beschäftigung von Lehrlingen. Breslau berichtet: „Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher, die in der Regel in der Ueberschreitung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit bestanden, sind in 16 Fällen bestraft worden.“ Der Düsseldorf Bericht meldet: „Ein Betriebshaber hat Jugendliche bis zu 74 Stunden wöchentlich beschäftigt.“

Daß auch der Besuch der Fortbildungsschulen häufig der Grund zu Beschwerden ist, geht aus vielen Berichten hervor. So sagt der Breslauer Bericht: „Aus Elternkreisen werden Klagen darüber laut, daß Lehremeister häufig nur noch berufsschulfreie Lehrlinge, also Schüler von Mittelschulen oder höheren Lehranstalten, einstellen wollen.“ Der Berliner Bericht hebt hervor, daß viele Jugendliche erst dann eine Lehrstelle finden, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet sind. Im Stadtbezirk Herford wurden 15 Strafen wegen Fernbleibens der Lehrlinge vom Fortbildungsschulunterricht verhängt.

Die Klagen über Lehrlingsmissetaten sind ganz allgemein. In Berlin wurde ein Betrieb ermittelt, in dem auf 8 Gehilfen 32 Lehrlinge kamen. Bayern und Sachsen berichten über schlechte Behandlung der Lehrlinge. Es mußte mehrmals eingeschritten werden.

In Hessen, Sachsen und Bayern wurden Zuchtigungen an Lehrlingen festgestellt. Ueber mangelhafte Ausbildung wird viel geklagt. In einigen Fällen wurde den Lehrmeistern die Ausbildung auf eine bestimmte Zeit entzogen. Der Breslauer Bericht sagt, daß die Gewerkschaften bemüht sind, daß die Lehrlinge gut ausgebildet werden. Die Unternehmer wollen aber von der Mitwirkung der Gewerkschaften nichts wissen, weil sie die energische Arbeit der Gewerkschaften gegen Ausbeutung und schlechte Behandlung der Jugendlichen fürchten. Aber all diese Tatsachen zwingen dazu, daß die bestehenden Schutzbestimmungen verschärft werden. Gerade weil die Unternehmer sich so sehr dagegen wenden, deshalb ist die Verschärfung schon unerlässlich.

der Arbeitnehmer, dem nach Ansicht der Gewerkschaften bereits im Regierungsentwurf nicht völlig entsprochen wird, haben die Arbeitgeber und mit ihnen die Mehrheit fallengelassen, indem sie die Mitwirkung der Arbeitnehmer nur auf bestimmte, im Gesetz festgelegte Aufgabengebiete begrenzt wissen wollen. So wichtige Entscheidungen wie die über Anerkennung des Rechts eines Betriebsinhabers zur Lehrlingsausbildung, Entsendung der Beauftragten in die Betriebe zur Kontrolle der Ausbildungs- und sonstigen Verhältnisse, an öffentliche Stellen zu erstattende Gutachten u. a. will man der gesetzlichen Berufsvereinerung, d. h. der Handwerks- und Handelskammer allein überlassen. Charakteristisch ist auch, daß die Mehrheit des Reichswirtschaftsrates das vom Regierungsentwurf den paritätischen Ausschüssen gegebene Recht, Urlaub für Lehrlinge verbindlich festzusetzen, beieitigt hat. Die gewerkschaftliche Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft fand keine Mehrheit.

Die Aussprache ergab Einmütigkeit darüber, daß das Berufsausbildungsgesetz für die Gewerkschaften völlig wertlos sein würde, wenn die Auffassung des Reichswirtschaftsrates in den beiden Punkten: Stellung des Tarifvertrages und Durchführung des Gesetzes, etwa Geltung erlangen sollte. Bei den kommenden Beratungen im Reichstag ist deshalb auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu diesen beiden Punkten das Hauptgewicht zu legen. Wohl wurden auch zu der beschlossenen Umwandlung des Verfahrens der Anerkennung der Lehrbetriebe in das der Anerkennung Bedenken geäußert, die Gründe für diese Umwandlung wurden jedoch von der Mehrheit der Teilnehmer als stichhaltig anerkannt.

Eine kurze Betrachtung der Jugendschutzbestimmungen im Arbeitschutzgesetz führte zu der Feststellung, daß das Gesetz die Regelung des Urlaubs für Jugendliche nicht bringt. Das ist sehr zu bedauern. Die Konferenz war der Ansicht, daß der Urlaub für Jugendliche nicht, wie es die Begründung zum Arbeitschutzgesetz tut, als eine Angelegenheit des Arbeitsvertragsrechts anzusehen ist, sondern als ein wesentlicher Bestandteil der gesetzlich zu regelnden Jugendschutzmaßnahmen; darum gehört die Urlaubsgewährung an Jugendliche in das Arbeitschutzgesetz. Daß der Entwurf den Wochenendurlaub für Jugendliche ermöglichen will, wurde begrüßt, doch wurde es für selbstverständlich gehalten, daß der Reichstag die von der Regierung vorgelegene, durch nichts motivierte Grenze von 16 Jahren auf das 18. Lebensjahr erhöht.

Bei der Erörterung von Berufsschulfragen wurde als notwendig bezeichnet, daß die Frage des Lohnausfalls für durch Berufsschulbesuch veräußerte Arbeitszeit mehr als bisher tariflich geregelt werden müßte. Die schon bestehenden tariflichen Vereinbarungen hierüber sollen allen Verbänden zur Kenntnis gebracht werden. Ueber den Stand der Gewerbelehrausbildung gab dann der Bildungssekretär des ADGB, Kollege Heßler, eine ausführliche Uebersicht, die zu eingehender Diskussion führte. Betont wurde hierbei allgemein, daß die Zusammenarbeit der Verbände mit der Lehrerschaft der Berufs- und Fachschulen sowohl zentral wie örtlich noch enger als bisher werden müßte.

Die besprochenen organisatorischen Angelegenheiten betrafen erstens einen 14tägigen Jugendleiterlehrgang an der preussischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau, der im Juni dieses Jahres stattfinden soll, zweitens die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Jugendveranstaltungen, drittens den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, sowie viertens die Frage, ob eine gegenseitige Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Verbände und der Bezirke des ADGB notwendig und möglich sei. Die Konferenz verneinte eine solche Abgrenzung und betonte, daß bei rechtzeitiger gegenseitiger Verständigung über geplante Veranstaltungen Reibungen vermieden werden könnten. Die Absicht, auf einer gemeinsamen Jugendführertagung der Gewerkschaften, Sozialistischer Arbeiter-Jugend und Arbeiterportier im Mai oder Juni d. J. Fragen der sozialistischen Jugendberziehung und solche der gemeinsamen Interessenvertretung zu behandeln, wurde gutgeheißen. Die bevorstehende Herausgabe einer Schrift für Mitarbeiter in der Jugendwohlfahrt und Jugendpflege wurde begrüßt und weiter gewünscht, daß eine weitere Schrift über die Mitarbeit an der Berufsschule und eine über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendpartelle veröffentlicht wird. Mit einer besonderen Aussprache der Bezirksvertreter über ihre organisatorischen Erfahrungen schloß die arbeitsreiche Tagung.

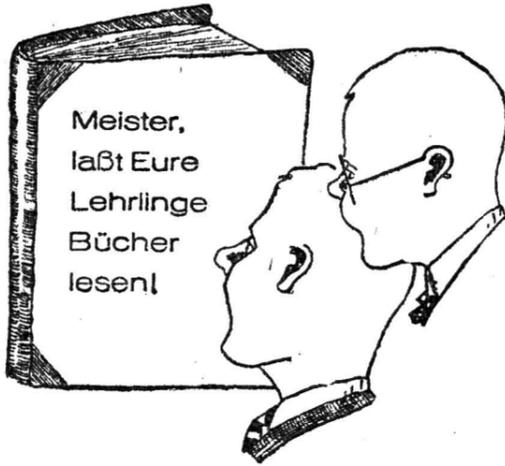
Richtschnur

Wissensdurst und Tatendrang
sind unser Leben lang
nie verlassende Begleiter,
geht's doch ohne sie nicht weiter.

Jugendkraft — Begeisterung
mische sich in hohem Schwung
mit des Alters weisen Lehren.
Rückschritt soll uns nie bedören.

Zweitracht, Eigenfürnigkeit
sich verbannt für alle Zeit.
Einsicht, Eintracht sollen walten,
uns die Zukunft neu gestalten.

Erwin.



Gewerkschaftliche Jugendleiter-Konferenz

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte für den 4. März zu einer Vorpregung von Jugendleitern eingeladen, zu der 25 Verbände und 9 Bezirke des ADGB Vertreter entsandt hatten. Zur Erörterung standen das Berufsausbildungsgesetz, Berufsschulfragen und organisatorische Angelegenheiten.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Beratungen des Berufsausbildungsgesetzes referierte der Jugendsekretär des ADGB, Kollege Masche. Bei seiner Gegenüberstellung des Regierungsentwurfs, der Arbeitgeberforderungen und der Beschlüsse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ergab sich, daß dieser wohl in einigen Punkten eine Annäherung an den gewerkschaftlichen Standpunkt vorgenommen hat, daß aber in den wichtigsten Fragen der Anerkennung der tariflichen Regelung von Lehrlingsfragen und der Durchführung des Gesetzes kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Dem im Regierungsentwurf aufgestellten Grundsatz der Gleichberechtigung

Freiheit, die Pässe und Nationalitätsnachweise der Menschheit aufzuheben, ist die Allmacht des Staats zu offenbaren.

Dieses aus dem innersten Erleben aufsteigende Buch ist voller Tatsachenmacht und ist und bleibt ein soziales Dokument, es ist ein infernalisches Epos, ein unzerstörbares Denkmal für das Hölledasein der niedersten Arbeiterklasse. „Ein halbes Jahr „Norik“, und man hat keine Höhen mehr.“ Alles fällt in Trümmer, die „heiligen Güter“ der Nation, die Säulen des gegenwärtigen Staates, Glaube der Religion und das ganze Phrasengebäude „heiliger“ Gefühle und Ideale. Und dahinter steigt schon auf das Licht einer neuen Zeit.

Auch das zweite Buch Travens, „Die Baumwollpflücker“, verdient mit derselben Anteilnahme gelesen zu werden. Es gibt in Verbindung mit dem dritten Roman „Der Schatz der Sierra Madre“ einen Einblick in die Arbeitsverhältnisse Zentralamerikas und Mexikos, wie sie in keinem andern Buche, ganz gleich welcher Sprache, bis heute geschildert worden sind. Etwas Ähnliches haben weder die mexikanischen noch die amerikanischen Arbeiter aufzuweisen, und so kann man nur wünschen, daß die deutschen Arbeiter erfahren möchten, was sie auch in diesen beiden Büchern Travens besitzen. Bis in diese Tage hinein — und vielleicht noch auf lange Zeit hinaus — werden vor allem „Die Baumwollpflücker“ ein Buch sein, das einzig in seiner Art ist. „Der Wobblin“, die Hauptfigur in dem Roman, ist ein bei der revolutionären Gewerkschaft Amerikas organisierter Mann, den die Polizei verfolgt, der von den Arbeitern und Streikbrechern geachtet ist. Er arbeitet für einen geringen Lohn in den Baumwollfeldern, in städtischen und privaten Betrieben, und überall hilft er, oft durch sein bloßes Erscheinen, Unruhe. Nichts von Demut und Unterwürfigkeit weiß er, immer ist er gelassen voll Kritik und Selbstbewußtsein. In keiner Lage seines Lebens wird er seinem Wesen untreu. Er ist der immer Wachsame, der Vorposten, der immer zuerst den Feind sieht. Er ist der Ewig-Unruhige, der die Stumpfen und Lauen in Gärung bringt der sie feindsüchtig und klarfüchtig macht. Wenn er auch oft am Boden liegt, in Erniedrigung schuftet muß, er behält immer noch einen letzten Rest von Kraft, seine Menschenwürde zu wahren und sich nicht wie die andern in Knechtseligkeit zu duden. Wir denken nur an die Erlebnisse des Wobblin in einer Bäckerei, wo täglich 18 Stunden lang gearbeitet werden muß für einen Lohn, der kaum zur Befriedigung der bescheidensten Lebensbedürfnisse reicht. Und dann der Streik in einem Cafe, mit welcher mitreißenden Gestaltungskraft wird da geschildert, wie die Polizei unter der Regierung von Calles mit dem Unternehmer umgeht, der glaubt, unter beschützender Aufsicht Streikbrecher einstellen zu können. Und wie erschütternd ist der reine Klang des aus dem Innern aufbrechenden Menschengefühls, das Travens in jenen Szenen verrät, die sich in den Prostitutionsvierteln einer Stadt abspielen. Tiefstes Verständnis, göttige, ja anerkennende Gerechtigkeit spricht zu uns in jedem Wort des Dichters, wenn er von den den klagenwertesten Wesen aller Frauen und Mädchen erzählt. Und mit welchen starken dichterischen Mitteln ist dann die Beschreibung wiedergegeben, mit der das Buch ausklingt. Die weite mexikanische Landschaft in ihrer wilden Schönheit, die Sitten und Gebräuche der Eingeborenen und eine Fülle erlebter Abenteuer werden geschildert, als der Wobblin in Affordarbeit den Auftrag ausführt, eine tausendköpfige Rinderherde über eine 350 Meilen weite, öde und weglöse Landschaft zu treiben. Gerade bei der Lektüre dieses Geschehnisses wird offenbar, daß Travens nicht nur ein erzählender Abenteuerer, sondern vor allem auch ein großer Künstler und Dichter

ist. Nach alledem kann man nur wünschen, daß gerade dieses Buch, „Die Baumwollpflücker“, mehr als bisher in das Bewußtsein einer größeren Leserschaft eindringt, wie es bei seinem dritten Roman, „Der Schatz der Sierra Madre“, bereits geschehen ist. Dieses Abenteuerbuch, das würdig neben das Beste von Jack London gestellt werden kann, gibt uns zunächst in atemberaubender Spannung die Schilderung eines Banditenüberfalls auf einen Eisenbahnzug mit nachfolgender Befolgung der Banditen durch Regierungstruppen und Polizei, wobei uns die Todesverachtung der Puebloles erschüttert. Goldjagd, Banditentum, Abenteuer, grauenvolle Entbehrungen, blutige Kämpfe in wildem Durcheinander, alles in allem das Leben der Menschen, die auf der Suche nach Gold und im Besitz des Goldes wie Tiere untereinander leben, sich helfen, sich töten, weil es doch nicht der Schatz ist, der sie befriedigt. Denn Gold ist nicht mehr als ein Dreck. Aber sie alle sind dem Fluche des toten Metalls verfallen, ob sie wollen oder nicht, sie werden zu Goldjägern und werden skrupellos, mordend um einen Bissen Brot, um eine Zigarette; denn sie sind ausnahmslos Ausgestoßene, Gehegte und Zertratene, die es wissen und am eigenen Leibe erfahren haben, wie die „zivilisierte“ Welt mit ihrem und dem Leben vieler Millionen umgeht. Sie kennen keine Sittlichkeit mehr, sie sind die Opfer einer Zeit, deren graufiges Gesicht der Dichter mit Sarkasmus und viel hieblicherer Ironie entschleierte. Rettung allein — Travens läßt es uns erkennen — Rettung von diesem Angst des Banditentums, in Mexiko wie überall auf der Erde, kann nur der Geist der Revolution bringen, der auftritt gegen Tyrannentum in jeder Form. Das ist die Erkenntnis, das überlegene Wissen des Weltbürgers, dessen Lebensweisheit aus Travens Werk spricht.

Auch aus seinem umfangreichen Buch „Land des Frühlings“. Man könnte es geradezu ein Handbuch revolutionärer Ideen und Gedankengänge nennen, das alle autoritären wissenschaftlichen Feststellungen und Begriffe umstößt. Für Travens gilt nicht das traditionelle Wissen über Natur, Religion, Menschheitsgeschichte und Menschenleben, er räumt auf mit alten geistigen Ueberlieferungen und baut eine neue Welt neuer Gedanken auf. Nicht jeder wird unwiderprochen alles hinnehmen können; aber jeder wird durch dieses Buch zu tiefstem Nachdenken gezwungen. Denn es ist ein Buch von ganz besonderem Format. Es hat bisher in seiner Art keine Vorgänger gehabt und wird wohl auch für lange Zeit noch keine Nachfahren haben. Denn alle Reisebücher, die bisher geschrieben wurden, waren entweder nüchtern wissenschaftlich oder rein abenteuerliche Unterhaltungslektüre oder irgendwie kapitalistisch gefärbt. Ihr Grundcharakter war, daß die kapitalistischen Ausbeutungsmöglichkeiten geschildert oder in verschleierte Form ausgebeutet wurden; sei es, daß man die erforschten Gebiete als Auswandererland für den Import, Export oder für die Annexion empfahl. Aber in diesem Reisebuche ist zum ersten Male eine Forschungsreise dargestellt vom Standpunkte der proletarischen und der antibürgerlichen Weltanschauung aus. Das Buch weicht sogar in der Art der Darstellung des Stoffes von den Formen der bürgerlichen Reiseliteratur völlig ab. Niemals kann ein solches Buch etwa von Touristen als „Reiseführer“ gebraucht werden. Das ist einer seiner großen Vorzüge. Dem Leser wird vielmehr vor seinen Augen eine ganz neue Welt ersehen, von deren Vorhandensein er bisher nichts wußte. Ihm wird diese neue Welt nicht nur in körperlichem Sinne, sondern erst recht in geistigem Sinne als eine neue Welt erscheinen. Der intelligente europäische Arbeiter wird aus dem Buch herauslesen, daß es in Mexiko wie bei allen fremden Völkern nur „anders gemacht“ wird als dasheim, daß aber die

Lebensziele, die Motive, der Wille und die Sehnsucht zum Licht, zur Schönheit und zur Freiheit überall die gleichen sind. Denn wenn auch Traven vor allem die Verhältnisse in Mexiko beleuchtet (bei seiner Liebe zu diesem Lande sehr begreiflich), so rollt er doch alle Fragen auf, die überhaupt für die Menschheit wichtig sind. Auf alles kommt er, und zwar mit einer gründlichen und umfassenden Sachkenntnis, zu sprechen; da stehen Ausführungen über die mexikanische Revolution von 1910, über die Verteilung der indischen Gemeindeflächen, über die Schulen, über das Verhältnis der Weißen und Nichtweißen, über die Wertsprache, über Banditen, Kriegführende, Kirche und Religion, Kirche und Staat, über das Stammland der Menschheit, über Kennzeichen der Degeneration und des Aufstiegs der Völker. Gesehgebung, Justiz, Medizin, staatliche Uniformierung, das Verhältnis von Gewerkschaft und Staat, Stand der heutigen Technik usw. Alles wird — und niemals trocken und lehrhaft — charakterisiert. — Dann ist noch zu erwähnen ein kleines Buch mit 12 Kurzgeschichten unter dem Gesamtittel „Der Busch“, köstlich zu lesen, wie alles von Travens.

Wer nun von unsern Lesern und Kollegen willens ist, die hier kurz angebotenen Bücher zu lesen und zu besitzen neben andern wertvollen Bücherperlen der Weltliteratur, den führt der gerade Weg in die Büchergilde Gutenberg, in die Gemeinschaft von Autoren, Druckern und Lesern. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, inhaltlich gute Bücher in sorgfältiger und geschmackvoller Ausstattung herauszugeben. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch eine Organisation, durch eine Gemeinschaft, die das Risiko des Händlers aufschaltet und dadurch die Verbilligung und die Qualität der Produktion ermöglicht. In etwa 20 Orten Deutschlands bestehen Geschäftsstellen und Kommissionenlager der Büchergilde.

Das Eintrittsgeld, das den Charakter der Organisation betont und mit dessen Entrichtung die Mitgliedschaft erworben ist, beträgt 75 Pfg.

Der Monatsbeitrag beträgt 1 Mark und ist regelmäßig zu bezahlen. Er kann auch in wöchentlichen Raten von 25 Pfg. an die Geschäftsstellen und Vertrauensleute der Gilde abgeführt werden.

Keine Sonderbeiträge! Lieferung der Bücher erfolgt frei Haus.

Bier Bücher jährlich kann jedes Mitglied für seine Monatsbeiträge beziehen, und zwar vier Bücher zum Preise von je 3 Mark. Der Bezug von 1,50-Mark- und 4,50-Mark-Büchern wird entsprechend verrechnet. Die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg können jederzeit außerdem Bücher in beliebiger Art und Menge beziehen. Die Auswahl braucht sich nicht auf die jeweiligen Neuerscheinungen des betreffenden Quartals zu beschränken. Jedes Mitglied hat das Recht, aus den noch vorhandenen Vorräten der Büchergilde Gutenberg in freier Auswahl weitere Bücher zum Mitgliedspreis zu entnehmen.

Eine illustrierte Monatschrift „Die Büchergilde“, 16 S., auf bestem Papier, erhalten die Mitglieder regelmäßig und kostenlos.

Für Werbung von neuen Mitgliedern werden dem Mitgliede Buchprämien ausgeschüttet je nach Wahl. Beitrittserklärung und Bestellzettel adressiere man „Die Büchergilde Gutenberg“, Berlin SW 61, Dreieckstraße 5. Das weitere wird dann von dort prompt erledigt.